



Landkreis

Greiz

Beteiligungsbericht 2022

des Landkreises Greiz

INHALTSVERZEICHNIS

1.	<u>EINLEITUNG</u>	3
2.	<u>ÜBERBLICK ÜBER DIE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES GREIZ</u>	4
2.1	RECHTSFORMEN	4
2.2	BETEILIGUNGSÜBERSICHT IM GESCHÄFTSJAHR 2022	5
2.3	GRUNDLEGENDE DATEN 2022	6
2.4	WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2022	8
3.	<u>AUSFÜHRUNGEN ZU DEN EINZELNEN UNTERNEHMEN</u>	9
3.1	KRANKENHÄUSER DES LANDKREISES GREIZ	9
3.1.1	KREISKRANKENHAUS GREIZ-RONNEBURG GMBH (KKH GREIZ-RONNEBURG GMBH)	9
3.1.1.1	MEDIZINISCHES VERSORGUNGSZENTRUM DER KREISKRANKENHAUS GREIZ GMBH – POLIKLINIK GREIZ GMBH	19
3.1.1.2	Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH	26
3.1.1.3	Pflegeheim Ronneburg GmbH	31
3.1.1.4	Kreisrehabilitationsklinik Ronneburg GmbH	36
3.2	VERKEHRS- UND SERVICE-UNTERNEHMEN	40
3.2.1	PERSONEN- UND REISEVERKEHRS GMBH GREIZ (PRG)	40
3.2.2	REGIONALVERKEHR GERA/LAND GMBH (RVG)	50
3.2.3	GRZ SERVICE UND VERWALTUNGSGESELLSCHAFT GMBH	61
3.3	SONSTIGE UNTERNEHMEN	69
3.3.1	„UMWELT“ ENTSORGUNGS- UND STRAßENSERVICE GMBH	69
3.3.2	Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Greiz (KSM)	76
4.	<u>SCHLUSSBEMERKUNGEN</u>	81
5.	<u>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</u>	82

1. Einleitung

Der Beteiligungsbericht hat die Aufgabe, einen Überblick über die kreiseigenen Unternehmen zu geben. Der Bericht wird jährlich fortgeschrieben, damit die Entwicklung der Unternehmen kontinuierlich verfolgt werden kann.

In dem Beteiligungsbericht werden die einzelnen Unternehmen, an denen der Landkreis beteiligt ist, vorgestellt, ihre spezifischen Leistungen beschrieben und wichtige ökonomische Daten präsentiert. Ausgehend von den kommunalen Aufgaben bzw. Zielsetzungen wird über die Unternehmensziele, die Leistungskraft und die wirtschaftliche Situation informiert.

Der Beteiligungsbericht bezieht sich grundsätzlich auf das Jahr 2022. Zu ausgewählten Zahlen und Kennziffern erfolgt ein Vergleich mit den Jahren 2021 und 2020.

Die Gesellschaften und die Eigenbetriebe erstellen ihren Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden. Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

Bilanz:

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“). Passiva sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite – Mittelverwendung – befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude und Fuhrpark. Zum Umlaufvermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben. Auf der Passivseite – Mittelherkunft – werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen und Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. eingebrachtes Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter oder der Jahresgewinn oder –verlust des Vorjahres. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen oder aus Lieferung und Leistung.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis – besonders der Schuldennachweis – im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung genannt – dar. Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das Betriebsergebnis liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im Finanzergebnis sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das außerordentliche Ergebnis den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i. d. R. ungewöhnlich hoch sind, wie z. B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das Jahresergebnis – Jahresüberschuss oder –fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

2. Überblick über die Beteiligungen des Landkreises Greiz

2.1 Rechtsformen

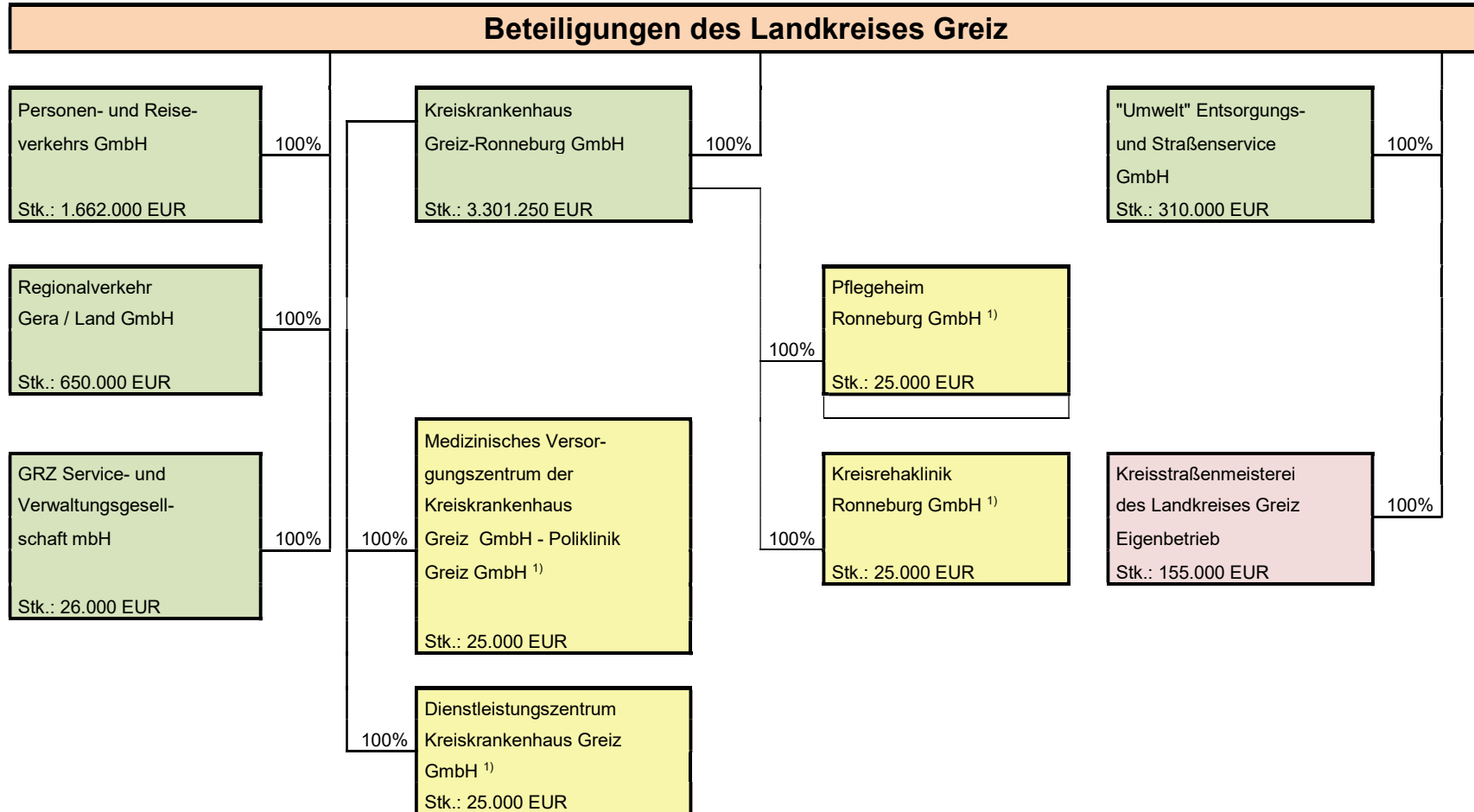
Die hoheitlichen bzw. wirtschaftlichen Aufgaben des Landkreises Greiz werden in folgenden Rechtsformen durchgeführt:

1. juristische Person des Privatrechts (GmbH)
2. Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetrieb)

Die GmbH ist immer organisatorisch, wirtschaftlich und rechtlich selbständig. Die Haftung beschränkt sich gemäß § 13 (2) GmbHG auf das Vermögen der Gesellschaft (entspricht § 73 (1) Nr. 3 ThürKO). Ihre Organe sind der oder die Geschäftsführer, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung. Die Aufgaben und Kompetenzen der Organe sind im HGB, GmbHG, AktG und den Gesellschaftsverträgen geregelt. Die GmbH wird durch den oder die Geschäftsführer gerichtlich und außergerichtlich vertreten (§ 35 GmbHG).

Der Eigenbetrieb ist organisatorisch selbständig. Die zuständigen Organe sind die Werkleitung, der Werkausschuss, der Kreistag und der Landrat. Die Zuständigkeit der einzelnen Organe bestimmt sich hauptsächlich nach der Thüringer Eigenbetriebsverordnung (ThürEBV) und der Betriebssatzung.

2.2 Beteiligungsübersicht im Geschäftsjahr 2022



1) Tochtergesellschaft der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH

Stk. = Stammkapital

% - Angabe = Beteiligung am Stammkapital

2.3 Grundlegende Daten 2022

	Bezeichnung	Gründung/Beurkundung	Handelsregister B Amtsgericht Jena	Stammkapital EUR	Geschäftsführer
1.	Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH	09.06.1993	205474	3.301.250	Herr Ralf Delker Herr Clemens Schmitz (seit dem 13.07.2022)
2.	MVZ Greiz, 100 %ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH ¹	08.05.2007	501557	25.000	Herr Ralf Delker
3.	Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH, 100 %ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH	20.03.2020 ⁵	512748	25.000	Herr Ralf Delker
4.	Kreiskrankenhaus Ronneburg – Fachklinik für Geriatrie GmbH	verschmolzen zum 01.01.2022 mit der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH zur Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH			
5.	Pflegeheim Ronneburg GmbH, 100 %ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH	12.01.2000	208234	25.000	Herr Clemens Schmitz Herr Ralf Delker (seit dem 13.07.2022)
6.	Kreisrehabilitationsklinik Ronneburg GmbH 100 %ige Tochter der KKH Greiz-Ronneburg GmbH	17.10.2019	516643	25.000	Herr Clemens Schmitz Herr Ralf Delker (seit dem 13.07.2022)
7.	Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz (PRG)	23.01.1991	201511	1.662.000	Herr Dr. Stefan Meißner
8.	Regionalverkehr Gera / Land GmbH (RVG)	23.11.1992	202722	650.000	Herr Dr. Stefan Meißner
9.	GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH	28.01.2003	209759	26.000	Herr Dr. Stefan Meißner
10.	"Umwelt" Entsorgungs- und Straßenservice GmbH	03.07.1990	200743	310.000	Herr Jochen Eidner
11.	Kreisstraßenmeisterei (Eigenbetrieb)			155.000	Werkleiter Herr Torsten Bernstein

¹ Genaue Bezeichnung – Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH – Poliklinik Greiz GmbH

Kennzahlen	PRG	RVG	GRZ Service	KKH Greiz- Ronneburg	DLZ	MVZ Greiz	Pflege- heim Ronneburg	Kreisreha- klinik	Umwelt GmbH	Eigen- betrieb Kreis- straßen- meisterei
Unternehmen										
<u>G & V - Daten</u>	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatz	6.381	5.516	850	65.576	2.052	3.245	3.075	0	6.120	2.093
Personalaufwand	4.629	3.703	773	38.158	1.704	2.682	2.165	0	2.842	982
Materialaufwand	1.991	1.522	0	14.964	12	45	888	0	477	388
<u>Bilanz</u>										
Anlagevermögen	2.681	2.544	17	55.697	0	719	104	0	2.570	2.004
bilanziertes Eigenkapital	859	114	120	39.861	226	0	2.024	22	3.742	1.970
Verbindlichkeiten	3.134	3.341	103	10.953	164	2.076	1.537	2	881	18
Bilanzsumme	4.770	3.697	254	87.752	496	2.226	3.611	25	4.764	2.378
<u>Sonstige</u>										
Bilanzielle EK-Quote (%) (EK ohne Sonderposten)	18	3	47	45	46	0	56	91	79	83
Beschäftigte (Durchschnitt)	88	71	16	608	64	44	60	0	68	20

2.4 Wesentliche Veränderungen im Geschäftsjahr 2022

Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH

Der Vollzug der Verschmelzung der Kreiskrankenhaus Ronneburg - Fachklinik für Geriatrie GmbH auf die Kreiskrankenhaus Greiz GmbH erfolgte mit Wirkung zum 18.08.2022 (Eintragung im Handelsregister) unter der neuen Bezeichnung Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Stichtag der Übertragung ist der 01.01.2022.

Durch die Verschmelzung erhöhte sich entsprechend das Stammkapital der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH auf nunmehr 3.301.250,00 Euro.

Den entsprechenden Beschluss fasste der Kreistag am 26.04.2022 mit Beschluss-Nr. 224/2022.

Gemäß § 73 Abs. 1 letzter Satz ThürKO bedarf die Gründung und Änderung der Zweckbestimmung oder der Beteiligung der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde. Wenn ein Kommunalunternehmen ein anderes Unternehmen übernehmen will (hier im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme) ist ein Kreistagsbeschluss erforderlich, der außerdem der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde bedarf (§ 74 Abs. 1 Satz 2 und 3 ThürKO). Die entsprechende Anzeige gemäß § 72 Abs. 1 ThürKO ist bei der Rechtsaufsichtsbehörde erfolgt.

Mit Datum vom 02.06.2022 und Zeichen-Nr. 240.3-1515-001/22 GRZ erfolgte die rechtsaufsichtliche Genehmigung durch das Thüringer Landesverwaltungsamt.

Kreiskrankenhaus Ronneburg-Fachklinik für Geriatrie GmbH

Die Gesellschaft ist zum 01.01.2022 verschmolzen mit der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH und wird daher nicht mehr im Beteiligungsbericht aufgeführt. Wir verweisen auf die Angaben unter der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH.

Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Greiz

Der Eigenbetrieb wurde durch Aufhebung der Satzung zum 01.01.2023 als Regiebetrieb wieder in die Verwaltung des Landkreises Greiz eingegliedert. Damit erfolgt letztmalig die Erwähnung im Beteiligungsbericht.

3. Ausführungen zu den einzelnen Unternehmen

3.1 Krankenhäuser des Landkreises Greiz

3.1.1 Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH (KKH Greiz-Ronneburg GmbH)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH Wichmannstraße 12 07973 Greiz	Telefon: 03661-462110 Telefax: 03661-462112 E-Mail: info@hospital-greiz.de
------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 09. Juni 1993 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 205474) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 18. August 2022 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 405/2022 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240.3-1515-001/22-GRZ

Organe der Gesellschaft

Krankenhausleitung (Stand 31.12.2022):

Ralf Delker	Geschäftsführer
Clemens Schmitz	Geschäftsführer (HR-Eintrag 13.07.2022)
Thomas Hedrich	Prokurist
Dr. med. Peter Gottschalk	Leitender Chefarzt
Maria Machansky	Pflegedienstleiterin

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2022):

Vorsitzende	Frau Martina Schweinsburg	Landrat
stellv. Vorsitzender	Herr Dr. Andreas Hemmann	Kreistagsmitglied
weitere Mitglieder	Herr Heinz Klügel	Kreistagsmitglied
	Herr Christian Tischner	Kreistagsmitglied (bis zum 10.03.2022)
	Herr Dr. Robby Schlund	Kreistagsmitglied
	Herr Dr. Ulli Schäfer	Kreistagsmitglied
	Herr Andreas Weber	Kreistagsmitglied (ab dem 26.04.2022)
	Herr Udo Brandt	Arbeitnehmersvertreter
	Herr Werner Preißler	Arbeitnehmersvertreter
	Frau Katrin Goller	Arbeitnehmersvertreter

Der Aufsichtsrat hat im Jahr 2022 Bezüge in Höhe von 3 T€ erhalten (Vj. 3 T€).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2022 beträgt 3.301.250,00 Euro (Stammkapitalerhöhung vollzogen zum 18.08.2022). Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen:

Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH -
Poliklinik Greiz GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %
Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %
Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Pflegeheim Ronneburg GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %
Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Kreisrehabilitationsklinik Ronneburg GmbH

Prozentualer Anteil: 100 %
Übernommene Stammeinlage: 25.000,00 Euro

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine
Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherstellung der bedarfsgerechten Krankenhausversorgung der Bevölkerung im Rahmen der Gesetze und rechtlichen Bestimmungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an solchen Unternehmen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszweckes besteht oder herbeigeführt werden soll. Insbesondere gilt das für Betreiber- und Servicegesellschaften oder anders bezeichnete Gesellschaften, die Hilfs- und Nebenprozesse des Krankenhauses betreiben bzw. Serviceleistungen erbringen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Thüringer Krankenhausplan. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Krankenhaus wird als juristisch selbständige Person in GmbH-Form geführt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft übernimmt Aufgaben mit regionalem und überregionalem Versorgungscharakter. Ziel des Krankenhauses ist die Sicherstellung der gemäß dem Thüringer Krankenhausplan gestellten Aufgaben unter Einhaltung wirtschaftlicher Gesichtspunkte zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet. Die KKH Greiz-Ronneburg GmbH ist innerhalb der Krankenhausplanung des Landes Thüringen eingeordnet und entspricht lt. Feststellungsbescheid einem Krankenhaus mit (regional) intermediärem Versorgungscharakter. Mit Wirkung zum 01.01.2022 wurde die Kreiskrankenhaus Ronneburg-Fachklinik für Geriatrie GmbH mit 113 Planbetten und 3 Tagesklinikbetten auf die Gesellschaft verschmolzen.

Mit zwei Krankenhäusern an zwei Standorten werden durch insgesamt 9 Fachrichtungen stationäre, teilstationäre und ambulante Gesundheitsleistungen erbracht.

Im Rahmen der gesetzlichen Krankenhausplanung ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH am Standort Greiz mit folgenden Fachabteilungen berücksichtigt:

- . Klinik für Innere Medizin 1
- . Klinik für Innere Medizin 2
- . Klinik für Allgemeine, Gefäß- und Viszerale Chirurgie
- . Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie
- . Department Wirbelsäulenchirurgie
- . Klinik für Anästhesie und Intensivtherapie
- . Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe
- . Urologische Klinik
- . Hals-Nasen-Ohren Klinik (Belegabteilung)
- . Klinik für Kinder- und Jugendmedizin

Mit einer Gesamtkapazität von durchschnittlich 256 aufgestellten Betten (Standort) Greiz) für die stationäre Versorgung, das ambulante Operieren und weitere ambulante Behandlungsmöglichkeiten erfolgten auf Basis eines soliden und breiten Behandlungsspektrums die Sicherstellung und Gewährleistung der medizinischen Versorgung im Landkreis Greiz. Hinzu kommen die laut Feststellungsbescheid zum 7. Thüringer Krankenhausplan aufgestellten 113 Planbetten am Standort Ronneburg.

Die KKH Greiz-Ronneburg GmbH ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband Thüringen und im Akademischen Lehrkrankenhaus des Universitätsklinikums Jena. Das Krankenhaus ist entsprechend den gesetzlichen Vorschriften von der Körperschaft-, Vermögen-, Gewerbe- und Grundsteuer befreit.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft befindet sich in einem starken Veränderungsprozess. Aufgrund hoher Defizite bis 2019 ist und war eine Sanierung der Gesellschaft unabdingbar. Ziel ist es, die Wirtschaftlichkeit der Klinik nachhaltig wiederherzustellen und dabei jedoch dem sozialverträglichen Anspruch eines kommunalen Hauses gerecht zu werden. Das Restrukturierungsgutachten in Anlehnung an IDW S6 vom 24.04.2020 ist weitgehend umgesetzt.

Der Ausbruch der COVID-19 Pandemie am 11.03.2020, die Energiekrise und die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine haben das Krankenhaus wirtschaftlich nachhaltig verändert und stellen somit eine weitere Herausforderung dar, die es zu bewältigen gilt. Die betriebswirtschaftlichen Folgen der genannten Ereignisse sind für die Zukunft nicht vollumfänglich abschätzbar.

Aufgrund der im ersten Halbjahr 2022 rückläufigen COVID-19-Inzidenzen, der steigenden Impfquote und den damit verbundenen sinkenden Krankenhausaufhalten von COVID-19 Patienten wurde die Finanzierung der Erlösausfälle der Krankenhäuser zum 18.04.2022 beendet. Die staatliche Hilfe über den sogenannten Versorgungsaufschlag lief am 30. Juni 2022 aus. Diese Finanzierungshilfen trugen auch im Geschäftsjahr 2022 zur finanziellen Stabilisierung bei. Dennoch hat die Corona-Pandemie auch im Jahr 2022 branchenweit dafür gesorgt, dass die Auslastung sich noch nicht wieder auf dem Niveau der Vor-Corona-Jahre bewegte, sondern vielmehr weitestgehend auf dem Niveau von 2021 verharrte.

Eine weitere Säule der Finanzierung wurde mit dem Investitionsprogramm zur Digitalisierung und Stärkung regionaler Versorgungsstrukturen gesetzt. Hierzu zählen Investitionen in eine bessere digitale Infrastruktur sowie in Bereiche der IT- und Cybersicherheit des Gesundheitswesens. Aufgrund der gestellten Anträge vom 30.09.2021 bezüglich des Krankenhausfinanzierungsgesetzes wurden insgesamt Fördermittel vom Thüringer Landesverwaltungsamt in Höhe von 4.763 T€ bewilligt.

Im Zuge der gesteigerten Kosten infolge der hohen Energiepreise wurden krankenhausesindividuelle Ausgleichszahlungen zum pauschalen Ausgleich von mittelbar durch den Anstieg der Energiepreise verursachten Kostensteigerungen für den Zeitraum vom 01.10.2022 bis zum 30.04.2023 beschlossen. Für das Jahr 2022 hat das Krankenhaus am Standort Greiz einen Anspruch in Höhe von 132 T€ und der Standort Ronneburg auf 57 T€.

Die Fallzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Letztendlich ist die Entwicklung der Fallzahlen an beiden Standorten auch im Jahr 2022 bestimmt gewesen von den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Einen substanziellen Beitrag zu den Erlösen haben am Standort Greiz die Schutzmaßnahmen in Form von Corona-Hilfen gespielt.

Die Entgeltvereinbarung für das Jahr 2022 wird aufgrund der neuen unklaren Gesetzeslage erst im März 2023 stattfinden. Im Bereich der Ausbildung konnte aufgrund der ausbleibenden Budgetverhandlungen in 2022 noch kein Budget verhandelt werden. Gleiches gilt für das Hygieneförderungsprogramm.

Aus den Ergebnissen der Tarifverhandlungen ergaben sich nicht unerhebliche Belastungen für das Unternehmen. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Anzahl der durchschnittlichen Vollkräfte. Daraus resultieren gesunkenen Personalkosten. Die Personalaufwandsquote beträgt 57,6 % (Vorjahr 58,4 %).

Der Arbeitsmarkt für Ärzte signalisiert keine absehbare Entspannung. Weiterhin besteht das Risiko, Honorarärzte beschäftigen zu müssen. Der Nachbesetzung freierwerdender ärztlicher Stellen wird weiterhin besondere Bedeutung beigemessen. Dennoch ist die Situation im ärztlichen Bereich langfristig als risikobehaftet und kritisch zu beurteilen.

Generell gilt, dass eine Vergleichbarkeit der Bilanzwerte zum Vorjahr schwer möglich ist. Dies ist bedingt durch die Verschmelzung der Kreiskrankenhaus Ronneburg-Fachklinik für Geriatrie GmbH auf die Kreiskrankenhaus Greiz GmbH unter der neuen Bezeichnung Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH.

Die Vermögenslage:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2022 = 87.752 T€. Das Bruttovermögen entfällt zu 66 % auf das Anlagevermögen und zu 34 % auf das kurzfristige Umlaufvermögen.

Den im Geschäftsjahr 2022 getätigten Investitionen von 6.352 T€, überwiegend in Sachanlagen, stehen Abschreibungen in Höhe von 4.690 T€ gegenüber. Der Sonderposten entwickelt sich korrespondierend zu den geförderten Anlagegütern.

Das Umlaufvermögen ist insbesondere durch die Position Forderung nach Krankenhausfinanzierungsgesetz (8.938 T€) geprägt, welche zum einen die Forderungen aus der KHZG-Förderung und zum anderen die Forderungen aus der Abrechnung der Ausgleichs für 2021 und 2022 enthält.

Das Eigenkapital hat sich erhöht und beträgt zum 31.12.2022 = 39.861 T€. Die Eigenkapitalquote liegt unter Einbeziehung der Sonderposten bei 81,4 %, ohne diese Einrechnung bei 45,4 %.

Die Finanzlage:

Zum Bilanzstichtag 31.12.2022 beträgt die Liquidität der Gesellschaft aus Kassen- und Bankguthaben 12.288 T€. Darin sind zweckgebundene Mittel aus der Pauschalförderung in Höhe von 2.390 T€ enthalten sowie Drittmittel in Höhe von 1 T€.

Aufgrund der sehr guten Liquidität, auch durch Zahlung der Covid-19-Hilfen sowie des verkürzten Zahlungsziels der Krankenkassen von 14 auf 5 Tage, konnten im Geschäftsjahr 2022 die Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen unter Abzug von Skonto bezahlt werden. Insgesamt betrachtet war die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens zu jeder Zeit gegeben.

Die Ertragslage:

Die DRG-Erlöse haben sich am Standort Ronneburg trotz Anstiegs des Landesbasisfallwertes (+ 86,36 €) im Vergleich zum Vorjahr reduziert; am Standort Greiz sind sie leicht gestiegen. Letztlich ist die Entwicklung der Fallzahlen an beiden Standorten auch im Jahr 2022 bestimmt gewesen von den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Einen substanziellen Beitrag zu den Erlösen haben am Standort Greiz die Schutzmaßnahmen in Form von Corona-Hilfen gespielt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen bei 2.838 T€ und damit auf Vorjahresniveau.

Zur Bewertung der Ertragslage für das Berichtsjahr werden die Personalaufwandsquote, die Materialaufwandsquote sowie die Umsatzrentabilität in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Jahr	Kennziffern		
	Personalaufwandsquote %	Materialaufwandsquote %	Umsatzrentabilität %
2020	56,7	19,3	13,5
2021	58,4	25,5	10,7
2022	57,6	23,0	9,6

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 1.037 T€ auf 38.158 T€ gesunken. Es haben sich durch entsprechende Umstrukturierungsmaßnahmen, durch Fluktuation und Stellenvakanz die Personalaufwendungen im Laufe des Berichtsjahres gegenüber dem Vorjahr reduziert. Auf Honorarärzte und Aushilfspersonal konnte am Standort Greiz komplett verzichtet werden. Am Standort Ronneburg konnte ebenfalls auf Leihkräfte verzichtet werden.

Insgesamt ist der Materialaufwand am Standort Greiz um 4 % (367 T€) gestiegen. Der Anstieg im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe resultiert u.a. aus erhöhten Aufwendungen an Materialeinkauf für Dritte. Am Standort Ronneburg haben sich die Materialaufwendungen um 5,6 % reduziert. Die wesentliche Veränderung im Vorjahresvergleich betrifft in Ronneburg den stark rückläufigen Einsatz von medizinischen Fremdpersonal.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 7.493 T€. Die gestiegenen Kosten im Verwaltungsbedarf resultieren aus den Beratungskosten und Maßnahmen im Rahmen der Verschmelzung. In den übrigen Aufwendungen sind insbesondere Aufwendungen aus der Umsetzung des KHZG enthalten.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 6.314 T€ abgeschlossen.

Qualitätsmanagement

Im Krankenhaus ist ein Qualitätsmanagementsystem etabliert, dass die Anforderungen des SBG V an ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement, formuliert in der QM-Richtlinie des gemeinsamen Bundesausschusses, voll erfüllt. Im Krankenhaus Greiz-Ronneburg liegen folgende Zertifikate vor:

- Zertifikat für das Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin „Ausgezeichnet für Kinder“
- Bronze Zertifikat „Aktion Saubere Hände“
- Qualitätszertifikat MRE-Netzwerke in Thüringen
- Teilnahme am Krankenhaus-Infektions-Surveillance-System (KISS)

Mit der Einführung und Etablierung eines Meldesystems für kritische Ereignisse (CIRS) im Rahmen des Qualitäts- und Risikomanagements leistet das Krankenhaus einen aktiven Beitrag zur Erhöhung der Patienten- und Mitarbeitersicherheit sowie -zufriedenheit und eine strategische Qualitätssicherung aller Abläufe im Krankenhaus. Im jährlich zu erstellenden Qualitätsbericht werden die Vorgaben zum Stand der Umsetzung und Weiterentwicklung des einrichtungsinternen Qualitätsmanagements dokumentiert.

Investitionen

Das KKH Greiz-Ronneburg tätigte im Jahr 2022 Investitionen in Höhe von 6.352 T€. Davon entfallen 4.422 T€ auf den Standort Greiz, 1.904 T€ auf den Standort Ronneburg.

Die Investitionen betrafen im Wesentlichen den Bereich der Digitalisierung des Krankenhauses. Des Weiteren wurde das Gebäude und das Grundstück von der Tochter Pflegeheim Ronneburg GmbH erworben. Die Investitionen des Berichtsjahres wurden in Höhe von rd. 40 % über Fördermittel finanziert, im Übrigen aus Eigenmitteln. Zusätzliche Darlehen mussten nicht aufgenommen werden. Investiert wurde u.a. in:

- Med. Ausstattung Hybrid-OP
- Patienten-Rufanlage
- Schrankenanlage
- Ausbau des Erdgeschosses (MVZ-Bereich)

Die Aufwendungen für Instandhaltung, Reparaturen und Wartung betragen im Geschäftsjahr insgesamt 2.027 T€. Davon entfielen 638 T€ auf Medizintechnik, 855 T€ auf Betriebstechnik und 482 T€ auf EDV-Ausstattung.

Chancen – Risiken - Ausblick:

Die Budgetverhandlungen für 2022 und 2023 sind terminiert. Durch die Umstrukturierung des DRG-Systems mit der Ausgliederung des Pflegebudgets, durch Auswirkungen der Corona-Krise sowie durch die unklare Entwicklung der Zuweisungen in die Akutgeriatrie ist eine belastbare Prognose der Fallzahlentwicklung nur eingeschränkt möglich.

Durch die stetig älter und multimorbider werdende Bevölkerung, insbesondere durch die Altersstruktur im Landkreis Greiz, ist mit zunehmend steigenden Patientenzahlen zu rechnen. Hier hat das Krankenhaus bereits ein gut differenziertes Spektrum für die Altersmedizin etabliert.

Mit Bewilligung und Auszahlung der Fördergelder bezüglich des Krankenhauszukunftsgesetzes im Jahr 2022 und folgende, wird die Digitalisierung der Gesellschaft realisiert und weiter vorangetrieben. Hieraus ergeben sich neben einer Qualitätssteigerung und Prozessoptimierung auch viele neue Chancen im Marketingsektor.

Das Department für Wirbelsäulenchirurgie in der Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie wird mit der Verstärkung des Teams durch einen erfahrenen Oberarzt weiter etabliert, sodass das angebotene Leistungsspektrum vollumfänglich mit einer entsprechenden Leistungssteigerung zum Tragen kommt. Die Abteilung Schmerztherapie wurde personell verstärkt und befindet sich weiter im Ausbau, da der Versorgungsbedarf steigt.

Auch durch die im Februar 2022 eingeführte ambulante Schmerzprechstunde, die Patienten mit chronischen Schmerzen versorgen und unterstützen soll, wird sehr gut angenommen. Auch hier werden weitere Leistungssteigerungen zum Tragen kommen.

Die in den Jahren 2020 – 2022 herrschende Covid-19 Pandemie und deren Auswirkungen stellen weiterhin das größte Risikopotenzial dar. Hier sind die finanziellen Auswirkungen und Risiken multidimensional und wie bereits beschrieben nur sehr schwer abschätzbar. Sekundäre Risiken liegen z.B. bei der veränderten Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen durch die Bevölkerung. Wie sich die Personalanforderungen nach Covid-19 besonders im ärztlichen und pflegerischen Bereich leistungsbezogen entwickeln, ist schwer vorhersehbar. Hier besteht das Risiko, benötigte Personalressourcen nicht oder nur sehr begrenzt bereitzustellen oder beschaffen zu können, was die Möglichkeit der Leistungserbringung signifikant negativ beeinflussen kann. Ein weiteres Risiko ist in der Wettbewerbssituation des Standortes Ronneburg mit Blick auf das unter Umständen rückläufige Zuweisungsverhalten des Hauptzuweisers SRH Waldklinikum Gera zu sehen.

Der Fachkräftemangel verstärkt sich im Gesundheitswesen und die Schere zwischen dem Pflegebedarf und der Verfügbarkeit von Pflegekräften wächst.

Die deutschen Verbraucherpreise sind wegen höherer Energiekosten so stark gestiegen wie seit langem nicht mehr. Die Inflationsrate ist auf ein deutlich höheres Niveau als in den vergangenen Jahren gestiegen und durch die andauernde Russland-Ukraine-Krise stark beeinflusst. Daraus resultieren für die Gesellschaft weitaus höhere Energiekosten.

Zwischen dem Bedarf an Investitionsmitteln der Krankenhäuser und der Zuweisung von öffentlichen Fördermitteln des Landes Thüringen klafft nach wie vor eine große Lücke. Um bei den medizinischen Entwicklungen Schritt halten zu können und gegenüber regionalen Wettbewerbern am Krankenhausmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, zeigt sich zunehmend ein voranschreitendes Erfordernis zur Ausstattung mit modernster, kostenintensiver Medizin- und IT-Technik sowie zur Tüchtigung von Ersatzinvestitionen für Gebäude und Ausstattung bei Verschleiß. Aus diesem Risiko der Finanzierungslücke ergibt sich ein Zwang, Reserven aus dem laufenden operativen Ergebnis zu rekrutieren, um die Investitionen aus Eigenmitteln tätigen zu können.

Durch die Fusion der Kreiskrankenhaus Ronneburg GmbH und der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH können zukünftig Synergien genutzt werden, um gemeinsame zukunftsweisende Konzepte zur Gesundheitsversorgung weiterzuentwickeln und voranzutreiben. Durch die vernetzte Zusammenarbeit aller Fachbereiche und Standorte wird sich die Leistungsentwicklung positiv beeinflussen lassen.

Für das Jahr 2023 werden sich die Umsatzerlöse durch die geplante Fallzahlsteigerung und die Steigerung des Landesbasisfallwertes in Thüringen erhöhen. Eine Anknüpfung an die Fallzahlen des Jahres 2019 ist angestrebt, aber eher nicht wahrscheinlich.

Die Geschäftsleitung erwartet im Jahr 2023 durch die anhaltend hohe Inflationsrate, die immense Steigerung der Energiekosten und daraus resultierende massive Tarifsteigerungsforderungen im TVöD einen Jahresfehlbetrag. Unterstützungsleistungen im Energiekostenbereich sind bereits bis April 2024 zugesagt, können aber noch nicht vollumfänglich beziffert werden.

Die Krankenhausleitung plant, die im Jahr 2022 erzielten Leistungen um ca. 500 Fälle für das Gesamtjahr 2023 zu steigern. Es wird durch die benannten Effekte insgesamt mit einem leichten Verlust im Jahr 2023 gerechnet.

Die Umsetzung der strategischen Ziele, wie z.B. die Erschließung des Leistungssegments der Altersmedizin, erfolgte durch die Fusion mit der Kreiskrankenhaus Ronneburg GmbH. Gemäß 3-Jahresplanung wird davon ausgegangen, dass durch diese Fusion bis zum Jahr 2024 ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt werden kann.

Die angekündigte Reform der Krankenhausvergütung und -planung wird ausdrücklich begrüßt. Diese Reform wird das Unternehmen für die nächsten 5 Jahre beschäftigen (Konvergenzphase).

Die aktuelle Liquidität entwickelt sich laut Planung leicht positiv. Liquiditätsrisiken sind aufgrund der vorausschauenden Planung derzeit nicht vorhanden. Die Geschäftsführung geht von einer stabilen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Jahr 2023 aus.

Die bestandsgefährdende wirtschaftliche Lage der Tochtergesellschaft MVZ wirkt sich auch auf die Lage der Gesellschaft aus. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des MVZ wurde im Jahr 2021 mit der Trennung von defizitären Praxen begonnen. Dies wurde im Jahr 2022 fortgeführt mit dem Ziel, das negative Ergebnis des MVZ deutlich zu minimieren.

Ziel ist es, das KKH Greiz-Ronneburg weiter als kompetenten Dienstleister unter Berücksichtigung aktueller gesetzlicher Gegebenheiten und Anforderungen auf dem von Konkurrenz gezeichneten Gesundheitsmarkt der Region zu etablieren und eine starke und nachhaltige Marktposition für das Unternehmen zu sichern.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022-31.12.2022 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Meier und Kossen GmbH, Wildeshausen, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

Ausgewählte Kennziffern der KKH Greiz-Ronneburg GmbH ¹:**Hinweis: Vergleichbarkeit zum Vorjahr aufgrund Fusionierung nicht gegeben!**

Bilanz	2020 T€	2021 T€	2022 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	38.335	36.904	55.697	18.794
Umlaufvermögen	13.109	14.229	28.526	14.297
Eigenkapital	9.742	14.689	39.861	25.172
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	31.450	30.134	32.167	2.033
Verbindlichkeiten	10.654	6.091	10.953	4.862
Bilanzsumme	54.734	54.513	87.752	33.239
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	55.701	49.919	65.576	15.499
sonstige betriebliche Erträge	1.411	2.827	2.838	9
Personalaufwand	31.899	29.085	38.158	9.073
Materialaufwand	10.844	12.691	14.964	2.273
Abschreibungen	3.045	3.135	4.690	1.555
sonstiger betrieblicher Aufwand	5.384	5.338	7.494	2.156
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	32	33	45	12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	237	81	14	- 67
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	7.604	4.947	6.314	1.367
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ³	75	82	81	- 1
Beschäftigte Ø	548	463	608	145
Fallzahlen (Absolut)	10.046	9.070	10.992	1.922
Umsatz je Beschäftigten (T€)	102	108	108	0
Personalaufwand je Fall (T€)	3,0	3,2	3,5	0,3
Materialaufwand je Fall (T€)	1,0	1,4	1,4	0

¹ Rundungsdifferenzen möglich² Erlöse aus Krankenhausleistung, aus Wahlleistung, aus ambulanten Leistungen und Nutzungsentgelte der Ärzte
Veränderung aufgrund Anwendung nach § 277 HGB (BilRUG)³ Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuwendungen in das Eigenkapital mit eingerechnet wurde

3.1.1.1 Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH – Poliklinik Greiz GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH –	
Poliklinik Greiz GmbH	Telefon: 03661-462110
Wichmannstraße 12	Telefax: 03661-462112
07973 Greiz	E-Mail: info@hospital-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 08. Mai 2007 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 501557) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 01. November 2016 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 722/2016 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240 – 1515.01 – 001/06 - GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2022):

Ralf Delker	Geschäftsführer
Claudia Krüger	Ärztliche Leiterin

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2022):

Vorsitzende	Frau Martina Schweinsburg	Landrat
stellv. Vorsitzender	Herr Dr. Andreas Hemmann	Kreistagsmitglied
weitere Mitglieder	Herr Heinz Klügel	Kreistagsmitglied
	Herr Dr. Robby Schlund	Kreistagsmitglied
	Herr Christian Tischner	Kreistagsmitglied (bis zum 10.03.2022)
	Herr Dr. Ulli Schäfer	Kreistagsmitglied
	Herr Andreas Weber	Kreistagsmitglied (seit dem 26.04.2022)

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2022 keine Bezüge erhalten (Vj. keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2022 beträgt 25.000,00 Euro. Die Gesellschaft wird als 100%-iges Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH einbezogen.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie die Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebots und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie die integrierte Versorgung.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen. Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an solchen Unternehmen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszweckes besteht oder herbeigeführt werden soll. Insbesondere gilt das für Betreiber- und Servicegesellschaften oder anders bezeichnete Gesellschaften, die Hilfs- und Nebenprozesse des Krankenhauses betreiben bzw. Serviceleistungen erbringen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Medizinische Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH – Poliklinik Greiz GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem Gesellschaftsvertrag. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Medizinische Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH – Poliklinik Greiz GmbH (im folgenden MVZ Greiz) wurde gegründet, um gemeinsam mit interessierten niedergelassenen Ärzten der Region und interessierten Krankenhausärzten die Möglichkeiten von fachärztlichen Untersuchungen und Behandlungen durch Bereitstellung personeller und materieller Ressourcen zu erleichtern. Wartezeiten und Wege für die Patienten sollen sich verkürzen. Mit dieser Gesellschaft soll vor allem die ambulante Versorgung im Landkreis in der Zukunft unterstützt und verbessert werden. Wichtige Aspekte sind des Weiteren positive Auswirkungen auf die Auslastung des Krankenhauses am Standort Greiz sowie die optimale Nutzung der vorhandenen Ressourcen und Technik.

Das MVZ Greiz wird als juristisch selbständige Person in GmbH - Form geführt. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Das MVZ Greiz umfasst per 31.12.2022 die folgenden Fachbereiche:

- Chirurgie
- Neurologie
- Kardiologie
- Allgemeinmedizin
- Gynäkologie
- Urologie
- Radiologie
- Psychiatrie
- Internistik
- Physiotherapie

Das MVZ war im Geschäftsjahr 2022 in zwei MVZ-Zentren gegliedert. Insgesamt werden 9 Arztstellen an den Standorten Greiz und Schleiz vorgehalten (Vj. 13,5). Aufgrund des Verkaufs von Arztsitzen ist die Fallzahl im Vergleich zum Vorjahr um ca. 20 % zurückgegangen; je Vertragsarzt hat sich die Zahl der Fälle jedoch erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aufgrund dessen ein Leistungsrückgang in Höhe von 8.179 Fällen.

Jahr	Fallzahlen
2017	57.599
2018	56.378
2019	54.590
2020	43.995
2021	40.155
2022	31.976

Im Geschäftsjahr 2022 konnte nur eine Arztstelle nicht nachbesetzt werden. Vakant blieb zum Ende des Berichtsjahres 1,0 Hausarztsitz in Greiz. Wobei für diesen Sitz im Umfang von 0,75 eine Fachärztin für Innere Medizin mit der Zusatzbezeichnung Palliativmedizin gefunden werden konnte und die Antragstellung bei der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen mit Beginn der Antragstellung zum 01.01.2023 erfolgte. Der Gynäkologische Sitz in Weida konnte veräußert werden. Der Radiologische Sitz in Schleiz wurde seitens der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen eingezogen.

Ende 2022 konnte nach umfangreichen Umbaumaßnahmen der 1. Bauabschnitt im Erdgeschoss des Haupthauses des Krankenhauses Greiz abgeschlossen werden und der Umzug der Neurologischen sowie Urologischen Praxis vollzogen werden.

Im Geschäftsjahr waren keine Unterstützungen zur Bestandserhaltung durch die Gesellschafterin erforderlich. Darüber hinaus war es dem MVZ möglich, alle Verbindlichkeiten aus dem aktuellen Jahr an das Krankenhaus zu begleichen.

Die Vermögenslage:

Die bereinigte Bilanzsumme beträgt 1.239 T€ zum 31.12.2022 und ist im Vergleich zum Vorjahr um 343 T€ gesunken.

Die Gesellschaft ist bilanziell überschuldet. Es wird ein „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ in Höhe von 986 T€ ausgewiesen.

Den Investitionen von 167 T€ stehen Abschreibungen von 138 T€ und Anlageabgänge in Höhe von 251 T€ gegenüber. Das Anlagevermögen verringerte sich um 222 T€ und liegt zum 31.12.2022 bei 719 T€.

Das Umlaufvermögen ist im Vergleich zum Vorjahr um 121 T€ gesunken und beträgt zum Bilanzstichtag 521 T€. Dies resultiert im Wesentlichen aus niedrigeren Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und einem niedrigeren Bankenbestand.

Die Finanzlage:

Die Liquidität ist weiterhin geprägt durch die monatlichen Abschlagszahlungen der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen in Höhe von 130 T€ sowie die mit zeitlichem Versatz erfolgten Restzahlungen von 100 T€ pro Quartal. Der Bestand an liquiden Mitteln ist stichtagsbezogen von 103 T€ auf 17 T€ gesunken.

Von der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH und ehemals Kreiskrankenhaus Schleiz GmbH wurden in den Geschäftsjahren 2017 bis 2020 bedingt rückzahlbare Forderungsverzichte über insgesamt 2.788 T€ ausgereicht. Rückzahlungsverpflichtungen ergeben sich, soweit die Jahresabschlüsse des MVZ ab 2022 ein höheres Eigenkapital als das gezeichnete Kapital ausweisen.

Die Muttergesellschaft hat die Rückzahlung der zum Bilanzstichtag 31.12.2022 gegenüber der Gesellschafterin bestehenden Verbindlichkeiten in Höhe eines Betrages von 835 T€ bis zum 31.12.2023 gestundet.

Das MVZ hat wie im Vorjahr bei Kreditinstituten keine Kredite für Betriebsmittel oder Investitionen aufgenommen.

Die Ertragslage:

Im Berichtsjahr 2022 wurden im MVZ Greiz 31.976 Patienten behandelt. Das sind 8.179 weniger als im Vorjahr. Die Erlöse aus ambulanten Leistungen in Höhe von 2.317 T€ basieren wie in den Vorjahren auf von der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen vergüteten Leistungen aus monatlichen Abschlagszahlungen bzw. Restzahlungen. Die Restzahlungen für das 3. und 4. Quartal des Geschäftsjahres erfolgen jeweils im Folgejahr. Weitere Erlösbestandteile bestehen aus der Beteiligung von Ärzten (150 T€) sowie aus sonstigen Umsatzerlösen (777 T€).

Die Personalaufwendungen betragen 2.682 T€ und liegen nahezu auf dem Vorjahresniveau.

Ergebnissteigernd haben sich die im Berichtsjahr geringeren Materialaufwendungen (- 214 T€) sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 163 T€) ausgewirkt. Die Entwicklung ist insbesondere auf niedrigere Raumkosten sowie die rückläufige Inanspruchnahme von Fremdleistungen zurückzuführen.

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 170 T€ ab (Vj. - 584 T€).

Zur besseren Veranschaulichung der Ertragslage sind die letzten 3 Jahre in der Tabelle dargestellt:

Jahr	Kennziffern		
	Personalaufwandsquote %	Materialaufwandsquote %	Umsatzrentabilität %
2020	96,9	20,8	- 15,0
2021	88,0	17,0	- 19,2
2022	88,1	1,5	- 5,6

Chancen – Risiken - Ausblick:

Bereits in 2021 wurde mit der Trennung von verlustbringenden Praxen begonnen. Dies wird in 2023 fortgeführt mit dem Ziel, das negative Ergebnis des MVZ deutlich zu minimieren. Explizit ist der Verkauf der Chirurgischen Praxis Schleiz im ersten Quartal 2023 geplant. Mit dieser Maßnahme sollen sich die Standorte des MVZ auf künftig zwei Standorte (Ärztehaus im Zentrum von Greiz und Poliklinik am Krankenhaus Greiz) konzentrieren.

Durch die Einstellung einer neuen Hausärztin für das Ärztehaus soll dieser Standort weiterhin stabilisiert werden sowie durch die Zusatz-Weiterbildung Palliativmedizin der Medizinerin das spezielle Patientengut in enger Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus Greiz betreut werden. Um Erlöse für die im Jahr 2022 etablierte ambulante Schmerzsprechstunde weiter auszubauen, wird die Umwandlung der bestehenden Ermächtigung in einen Anästhesie-Sitz angestrebt.

Ein weiterer Schwerpunkt für das MVZ wird in den nächsten Jahren in der Ausbildung von ärztlichem Personal liegen. Geplant sind hierfür der Ausbau der im MVZ vorhandenen Weiterbildungsermächtigungen, um auch zukünftig die Nachfolge von altersbedingt ausscheidenden Ärzten zu sichern.

Im Krankenhaus Greiz wird im Geschäftsjahr 2023 mit der Errichtung einer geriatrischen Station begonnen. Da für diesen Bereich ein erhöhter Bedarf an physio- und ergotherapeutischen Leistungen gegeben ist, wurde das Personal in diesen beiden Bereichen bereits ausgebaut. Die durch das MVZ dann erbrachten Leistungen in der Geriatrie werden gegenüber dem Krankenhaus abgerechnet.

Medizinische Versorgungszentren sind als Leistungserbringer in der vertragsärztlichen Versorgung inzwischen etabliert und haben sich als ein wichtiges Bindeglied bei der Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung erwiesen.

Weitere Chancen werden vor allem in der demografischen Entwicklung der Bevölkerung gesehen. Die Demografie und die Bereitschaft zur Erhaltung der eigenen Gesundheit sollten für eine anhaltende Nachfrage sowie ein insgesamt stabiles Niveau sorgen.

Der Gesundheitsmarkt unterliegt einer starken Reglementierung. Risiken werden im Wesentlichen durch die Gesundheitspolitik bestimmt. Neue Gesetzesbestimmungen in immer kürzeren Zeitabständen und vakante Sachverhalte führen zu einer verminderten Planungssicherheit. Bei nicht genügender Refinanzierung der Leistungen ergeben sich direkte Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Gesellschaft befindet sich in einer angespannten Ertrags- und Liquiditätssituation. Am 17.06.2019 sagte die Gesellschafterin auf der Grundlage des Beschlusses des Kreistages Greiz vom 28.11.2017 dem MVZ ein verzinsliches Darlehen über 1.300 T€ zu. Das Darlehen ist gemäß dem Nachtrag zur Darlehenszusage vom 14.04.2020 auf unbefristete Zeit verlängert. Die Darlehenszusage wurde in Höhe von 1.022 T€ bis zum 31.12.2022 in Anspruch genommen.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Muttergesellschaft durch liquiditätssichernde und kapitalerhaltende Maßnahmen auch künftig den Bestand der Gesellschaft sichern wird. Sollte das Mutterunternehmen diese Unterstützung einstellen, ist der Fortbestand der Gesellschaft gefährdet.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Meier und Kossen GmbH, Wildeshausen, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu dem Ergebnis, dass keine Gründe zur Beanstandung vorlagen.

Im Bestätigungsvermerk verweist die Meier und Kossen GmbH auf die Ausführungen der gesetzlichen Vertreter in Abschnitt „II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs und Abschnitt „C3. Risikobericht“ im Lagebericht, in denen ausgeführt wird, dass sich die Gesellschaft in einer angespannten Ertrags- und Liquidationssituation befindet. Wie dort dargelegt, deuten diese Ereignisse und Gegebenheiten zusammen mit den anderen aufgeführten Sachverhalten auf das Bestehen einer wesentlichen Unsicherheit hin, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

Ausgewählte Kennziffern der MVZ Greiz GmbH¹:

Bilanz	2020 T€	2021 T€	2022 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	1.045	940	719	- 221
Umlaufvermögen	368	640	521	- 119
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	232	816	986	170
Eigenkapital	0	0	0	0
Verbindlichkeiten (ohne Rückstellungen)	1.485	2.165	2.076	- 89
Bilanzsumme	1.655	2.398	2.226	- 172
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	2.985	3.224	3.245	21
Personalaufwand	2.814	2.679	2.682	3
Materialaufwand	603	517	45	- 472
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 436	- 584	- 170	- 414
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	0	0	0	0
Beschäftigte Ø	61	53	44	- 9

¹ Rundungsdifferenzen möglich² Erlöse aus Kassenärztlichen Leistungen, Nutzungsentgelte der Ärzte und Umsatzerlöse nach BilRUG

3.1.1.2 Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH	
Wichmannstraße 12	Telefon: 03661-462110
07973 Greiz	Telefax: 03661-462112
	E-Mail: info@hospital-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft ist entstanden durch die Veräußerung der Gesellschaftsanteile der Daseinsvorsorge Greiz GmbH an die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH sowie daran anschließend die Änderung des Gesellschaftszweckes und des Gesellschaftsvertrages. Das Unternehmen ist beim Amtsgericht Jena (HRB 512748) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 24. März 2020 (mit notarieller Urkundenrolle Nr. 240/2020 des Notariats Peter Orth). Die Genehmigungsfiktion ist am 20.04.2020 eingetreten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2022):

Ralf Delker	Geschäftsführer
-------------	-----------------

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2022):

Vorsitzende	Frau Martina Schweinsburg	Landrat
stellv. Vorsitzender	Herr Dr. Andreas Hemmann	Kreistagsmitglied
weitere Mitglieder	Herr Heinz Klügel	Kreistagsmitglied
	Herr Dr. Robby Schlund	Kreistagsmitglied
	Herr Christian Tischner	Kreistagsmitglied (bis zum 10.03.2022)
	Herr Dr. Ulli Schäfer	Kreistagsmitglied
	Herr Andreas Weber	Kreistagsmitglied (seit dem 26.04.2022)

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2022 keine Bezüge erhalten (Vj. keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2022 beträgt 25.000,00 Euro. Die Gesellschaft wird als 100%-iges Tochterunternehmen in den Konzernabschluss der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH einbezogen.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind Dienst- und Beratungsleistungen für die Einrichtungen der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH einschließlich deren Tochtergesellschaften, welche erforderlich sind, um den Versorgungsauftrag des Gesellschafters – die bedarfsgerechte Krankenhausversorgung der Bevölkerung – zu erfüllen, einschließlich aller Leistungen zur Verwaltung, zum Erhalt und zum Betrieb des Anlagevermögens der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH nebst den Tochtergesellschaften. Hierzu zählen zum Beispiel das Facility Management, Catering, technische und hauswirtschaftliche Dienstleistungen sowie Verwaltungsdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen, darunter die Lieferung von Strom und Gas einschließlich der damit verbundenen Nebenleistungen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem Gesellschaftsvertrag. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH (im folgenden DLZ) wurde gegründet, um die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere von Glas- und Gebäudereinigung im Gesundheitswesen, von Hol- und Bringendiensten/ Transportdiensten, die Müllentsorgung sowie alle infrastrukturellen Dienstleistungsbereiche für die Unternehmen der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH abzudecken. Das DLZ wird als juristisch selbständige Person in GmbH - Form geführt.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der allgemeinen gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland hat sich die Spezialisierung von modernen infrastrukturellen Versorgungsleistungen im Sozial- und Gesundheitsmarkt, wie Unterhalts- und Gebäudereinigung, Serviceleistungen in der Versorgung der Fachabteilungen und Sonderleistungen im Sozial- und Gesundheitssektor, bewährt und bietet der DLZ eine gute betriebswirtschaftliche Perspektive.

Die Personalveränderungen im gewerblichen Unternehmensbereich werden ausschließlich nur flexibel und auftragsabhängig getätigt und entschieden. Damit wird erreicht, dass eine hohe Flexibilität innerhalb der Personalkostenstrukturen aufrechterhalten werden kann sowie der Personalkostenanteil am Umsatz sich im budgetierten Rahmen bewegt und kontrolliert wird.

Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von insbesondere den beiden Krankenhäusern in Greiz und Schleiz teilt sie deren Risiken in Bezug auf das gesamtwirtschaftliche Umfeld sowie die entsprechenden Rahmenbedingungen.

So sind aufgrund der Corona-bedingten Leistungsrückgänge in den Krankenhäusern auch die vom DLZ in 2022 abgeforderten Dienstleistungen geringer ausgefallen als dies in anderen Jahren der Fall gewesen wäre. Trotzdem kann das DLZ auf ein positives Jahr 2022 zurückblicken.

Die Vermögenslage:

Die Bilanzsumme liegt bei 496 T€. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist im geringen Umfang in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert worden. Stille Reserven sind in den aktivierten Vermögensgegenständen nicht vorhanden. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 45,6 %. Es ist festzustellen, dass die wirtschaftliche Lage zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes als gut zu beurteilen ist.

Die Finanzlage:

Zur Durchführung der laufenden Verträge mit allen Kunden werden überwiegend Ver- und Gebrauchsartikel eingesetzt, die im laufenden Monat jeweils aufgezehrt werden. Alle Geschäftsbeziehungen zu den Stammlieferanten konnten weiter erhalten werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist es der Geschäftsleitung gelungen, das Unternehmen aus Eigenmitteln im laufenden Geschäftsbereich zu finanzieren. In 2022 war es nicht notwendig, kurzfristige finanzielle Spitzenbelastungen durch die Inanspruchnahmen von kurzfristigen Bankkrediten abzudecken. Alle Verbindlichkeiten sind durch Eigenmittel in der Liquiditätssteuerung beglichen wurden.

Der Bestand an liquiden Mitteln liegt stichtagsbezogen bei 360 T€.

Die Ertragslage:

Die Umsätze liegen im ersten Geschäftsjahr bei 2.052 T€. Das entspricht einer Umsatzrendite von 4,9 %. Die Umsatzentwicklung im Geschäftsjahr kann durchaus als sehr gut bewertet werden.

Dieser Trend soll in den Folgejahren weiter anhalten. Die DLZ hat das Ziel, sich durch qualitativ sehr gute Dienstleistungen in den Gebäudediensten weiter zu behaupten und einen wirtschaftlichen Beitrag in der Kreiskrankenaus Greiz-Ronneburg Unternehmensgruppe zu leisten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegen bei 196 T€. Hier sind im Wesentlichen die Managementleistungen zwischen der Dorfner GmbH & Co. KG und Versicherungen erfasst. Die Personalaufwendungen liegen bei 1.704 T€. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Jahresergebnis von 99 T€ erzielt.

Chancen – Risiken - Ausblick:

Für die kommenden Jahre schätzt die Geschäftsleitung eine positive Entwicklung der Gesellschaft ein. Die weitere Entwicklung im Markt und hier im Versorgungssegment zeigt, dass nur die Dienstleister eine echte Chance auf Wachstum und Ertrag haben, die ihre Spezialisierungen weiter vorantreiben und die Personalkosten im Verhältnis zum jeweiligen Umsatz weiter optimieren.

Für das Unternehmen sind keine Marktrisiken durch konjunkturabhängige Investitionszyklen vorhanden. Die internen Aufgaben und Geschäftsprozesse werden sorgfältig gesteuert und sind daher weniger risikobehaftet.

Das DLZ hat unterschiedliche nationale Gesetze zu beachten. Daraus können sich für Rechtsgeschäfte etwa bei der Gestaltung von Verträgen Risiken ergeben, die die Gesellschaft nach Bedarf durch Rechtsberater bewältigt.

Der wirtschaftliche Erfolg der Gesellschaft ist in hohem Maß von Engagement und Know-how des externen Managementdienstleisters, der Firma Dorfner GmbH & Co. KG, abhängig. Ziel ist es daher, qualifizierte Fach- und Führungskräfte für das Unternehmen weiter zu entwickeln und zu gewinnen, sie erfolgreich zu integrieren und dauerhaft zu binden. Es besteht derzeit temporäre geringe Personalknappheit.

Die hohen Qualitätsansprüche werden durch Qualitätskontrollen durchgesetzt, sowohl beim Lieferanten als auch in den eigenen Geschäftsräumen.

Die Gesamtbeurteilung der Risiken sowie des eingesetzten Risikomanagementsystems ergab, dass die vorhandenen Risiken begrenzt und überschaubar sind und das Risikomanagement effizient ist.

Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm. Forderungsausfälle liegen nicht vor. Zudem besteht eine langjährige Zusammenarbeit mit dem Hauptkunden, der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg Unternehmensgruppe.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Meier und Kossen GmbH, Wildeshausen, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu dem Ergebnis, dass keine Gründe zur Beanstandung vorlagen.

Ausgewählte Kennziffern der DLZ Greiz GmbH¹:

Bilanz	2020 T€	2021 T€	2022 T€	Veränderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	0	0	0	0
Umlaufvermögen	91	329	496	167
Eigenkapital	27	127	226	99
Verbindlichkeiten (ohne Rückstellungen)	49	130	164	34
Bilanzsumme	91	329	496	167
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	372	1.527	2.052	525
Personalaufwand	296	1.227	1.704	477
Materialaufwand	0	0	12	12
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	2	100	99	- 1
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	30	39	46	7
Beschäftigte Ø	13	55	64	9

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Erlöse aus Kassenärztlichen Leistungen, Nutzungsentgelte der Ärzte und Umsatzerlöse nach BilRUG

3.1.1.3 Pflegeheim Ronneburg GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Pflegeheim Ronneburg GmbH
Dr.-Gehlmann-Straße 3
07580 Ronneburg

Telefon: 036602-55200
Telefax: 036602-55209
E-Mail: info@pflegeheim-Ronneburg.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 12. Januar 2000 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 208234) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 11. Oktober 2022 (Urkundenrolle Nr. 786/2022 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 204.4 – 1511 – 002/99

Organe der Gesellschaft

Pflegeheimleitung (Stand 31.12.2022):

Dipl.-Kfm. Clemens Schmitz	Geschäftsführer
Dipl.-Kfm. Ralf Delker	Geschäftsführer (seit dem 13.07.2022)
Thomas Hedrich	Einzelprokura
Cornelia Stoppel	Heimleiterin
Doreen Friedrich	Pflegedienstleiterin

Die Geschäftsführer sind vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2022):

Vorsitzende:	Frau Martina Schweinsburg	Landrat
Stellv. Vorsitzender	Herr Dr. Ulli Schäfer	Kreistagsmitglied (bis 11.10.2022 Stellvertreter)
Stellv. Vorsitzender	Herr Dr. Andreas Hemmann	Kreistagsmitglied (ab 12.10.2022 Stellvertreter)
weitere Mitglieder	Herr Andreas Weber	Kreistagsmitglied
	Herr Heinz Klügel	Kreistagsmitglied
	Herr Christian Tischner	Kreistagsmitglied (bis zum 10.03.2022)
	Herr Dr. Robby Schlund	Kreistagsmitglied
	Herr Dr. Ulli Schäfer	Kreistagsmitglied (ab dem 12.10.2022)

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2022 Bezüge in Höhe von 600 € erhalten (Vj. 300 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2022 beträgt 25.000,00 Euro.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Pflegeheimes mit der Aufgabe der vollstationären Pflege und der Tagespflege von Pflegebedürftigen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Pflegeheim Ronneburg GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Thüringer Landespflegeplan. Die unter "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Pflegeheimes mit der Aufgabe der vollstationären Pflege und der Tagespflege von Pflegebedürftigen. Die Gesellschaft wurde durch Bescheid vom 31.05.2001 des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit in den 4. Thüringer Landespflegeplan mit einer Bettenkapazität von 50 vollstationären Dauerpflegeplätzen aufgenommen. Mit Nachtrag zum Versorgungsvertrag vom 25.02.2013 wurde der Versorgungsauftrag ab dem 01.02.2013 von 50 auf 76 vollstationäre Pflegeplätze erhöht. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 68 Nr. 1a AO und ist entsprechend den gesetzlichen Vorschriften von der Körperschaft-, Gewerbe-, Umsatz- und Grundsteuer befreit.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Wesentlich wurde das Jahr 2022 durch die Andauer der Corona-Pandemie geprägt. Dadurch waren erhebliche Anstrengungen im Bereich Hygiene und Schutz der Bewohner nötig, um einen Ausbruch von Infektionen über den Verlauf des Jahres 2022 zu verhindern.

Im Berichtszeitraum von 2022 wurde das Pflegeheim durchgehend mit 76 Betten betrieben. Das verfolgte Konzept der ortsnahen Versorgung pflegebedürftiger Bewohner durch gut ausgebildete Mitarbeiter hat sich bewährt.

Im Jahr 2022 waren alle Stellen gemäß Verhandlungen mit den Pflegekassen fachgerecht besetzt. Die Mitarbeiter des Unternehmens haben einen erheblichen Anteil an der hohen Auslastung des Pflegeheims. Die Beschäftigungstherapie wird von einem Team aus Ergotherapeuten und Betreuern durchgeführt.

Im Ergebnis hat sich die Gesellschaft planmäßig entwickelt. Die Gesamterlöse haben sich leicht erhöht. Das Jahresergebnis ist negativ auf Grund der späten Umsetzung der Pflegesatzvereinbarungen in Zusammenhang mit der gesetzlich vorgeschriebenen, an den Tatsachen des öffentlichen Dienstes angepassten Vergütung der Mitarbeiter seit September.

Die Vermögenslage:

Das Anlagevermögen betrug zum Bilanzstichtag 104 T€ (Vj. 1.793 T€). Die Veränderung des Anlagevermögens resultiert im Wesentlichen aus dem Verkauf der Immobilie an die Muttergesellschaft sowie den bis zum Verkaufszeitpunkt aufgelaufenen planmäßigen Abschreibungen. Die Investitionen in Höhe von 30 T€ betrafen Einrichtung und Ausstattung. Das Eigenkapital beläuft sich auf 2.024 T€ und hat sich infolge des Jahresfehlbetrages um 79 T€ verringert.

Die Finanzlage:

Die Pflegeheim Ronneburg GmbH ist finanziell unabhängig. Es bestehen keine langfristigen Verbindlichkeiten. Ausgewiesene Verbindlichkeiten bestehen ausschließlich aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Das Pflegeheim kann sich durch seine erzielten Erträge selbst finanzieren. Die Zahlungsfähigkeit war während des Berichtszeitraumes jederzeit gegeben.

Die Ertragslage:

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 26.791 Berechnungstage erbracht (Vorjahr 26.644). Die Auslastung lag bei rund 96 %. Damit wurden folgende Erlöse (in T€) erzielt:

Jahr	Erträge aus Pflege	Unterkunft & Verpflegung	Investitionskosten	Sonstige Erlöse	Gesamt
2021	1.928	642	191	331	3.092
2022	1.988	655	168	264	3.075

Im Ergebnis wurde im Geschäftsjahr 2022 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 122 T€ erzielt. Der Personalaufwand liegt bei 2.165 T€ und damit 253 T€ über dem Vorjahresniveau. Die Mehrkosten resultieren aus einer Gehaltserhöhung und einer Weihnachtsgratifikation an die Mitarbeiter. In der Gesellschaft waren durchschnittlich 60 Mitarbeiter beschäftigt. Die Sachkosten liegen bei 888 T€. Der Anstieg ist begründet durch gestiegene Rechts- und Beratungskosten und für erhöhte Verpflegungsaufwendungen.

Chancen – Risiken - Ausblick:

Aufgrund der demografischen Entwicklung werden auch zukünftig Heimplätze nachgefragt werden. Damit ist die Auslastung der 76 Plätze gewährleistet. Das erforderliche Pflegepersonal ist eingestellt. Die größte Herausforderung besteht darin, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten. Bezüglich des Eigenanteils der Bewohner an den Heimkosten ist das Pflegeheim im Mittelfeld der konkurrierenden Heime aufgestellt.

Problematisch wäre eine grundsätzliche Veränderung des Leistungsspektrums der Pflegeversicherung, insbesondere wenn die Zahlbeträge der Pflegeversicherung gekürzt und der Eigenanteil der Bewohner weiter erhöht werden müsste.

Risiken für eine Bestandsgefährdung des Pflegeheimes sind grundsätzlich nicht erkennbar.

Die durchschnittlich sehr hohe Auslastung des Pflegeheimes ist praktisch nicht mehr steigerbar. Unvermeidliche Kostensteigerungen sowohl der Sach- und Personalkosten müssen daher über den Pflegesatz erwirtschaftet werden.

Das Geschäftsjahr 2023 ist bezüglich der Belegung auf gleich hohem Niveau angelaufen. Für 2023 ist mit einem positiven Ergebnis zu rechnen. Auf Grund der zu erwartenden Personal- und Sachkostensteigerungen und den Unwägbarkeiten des weiteren Verlaufs der Corona-Pandemie und der Auswirkungen des Ukraine-Krieges ist aber von einem gegenüber 2021 deutlich niedrigeren Jahresergebnis auszugehen.

Aufgrund des bestehenden Wettbewerbs zwischen Pflegeheimen und betreuten Wohnanlagen könnten sich Auswirkungen auf die künftige Auslastungssituation der Gesellschaft ergeben. Die Geschäftsführung geht infolge des guten Pflegeangebotes der Gesellschaft von keinen entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken aus.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 - 31.12.2022 von der Meier & Kossen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Beanstandungen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind geordnet.

Ausgewählte Kennziffern der Pflegeheim Ronneburg GmbH ¹:

Bilanz	2020 T€	2021 T€	2022 T€	Änderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	1.889	1.793	104	- 1.689
Umlaufvermögen	1.434	1.777	3.346	1.569
Eigenkapital	1.846	2.146	2.024	- 122
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.300	1.214	0	- 1.214
Verbindlichkeiten	84	109	1.537	1.428
Bilanzsumme	3.324	3.574	3.611	37
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse ²	2.797	3.092	3.075	- 17
sonstige betriebliche Erträge	161	113	181	68
Personalaufwand	1.929	1.912	2.165	253
Materialaufwand	712	760	888	128
Abschreibungen	123	148	85	- 63
sonstiger betrieblicher Aufwand	96	108	117	9
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	119	300	- 122	- 422
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ³	95	94	56	- 38
Beschäftigte Ø	54	50	60	10
Pflege tage vollstationär	27.329	26.644	26.791	147
Umsatz je Pflege tag vollstationär (€)	99	116	115	- 1
Umsatz je Beschäftigten (T€)	50	62	51	- 11

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Umsatzerlöse (alles außer Zuschüsse und sonstige betriebliche Erträge)

³ Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen eingerechnet wurden.

3.1.1.4 Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH	Telefon:	036602-55200
Rudolf-Breitscheid-Platz 1	Telefax:	036602-55209
07580 Ronneburg	E-Mail:	post@krankenhaus-Ronneburg.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde am 17. Oktober 2019 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 516643) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 11. Oktober 2022 (Urkundenrolle Nr. 787/2022 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240.1 – 1515 – 001/19 - GRZ

Organe der Gesellschaft

Klinikleitung (Stand 31.12.2022):

Dipl.-Kfm. Clemens Schmitz	Geschäftsführer
Dipl.-Kfm. Ralf Delker	Geschäftsführer (ab 12.07.2022)
Thomas Hedrich	Einzelprokura

Die Geschäftsführer sind vom Verbot der Selbstkontrahierung (§ 181 BGB) befreit. Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführer werden unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB unterlassen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2022):

Vorsitzende:	Frau Martina Schweinsburg	Landrat
Stellv. Vorsitzender	Herr Dr. Ulli Schäfer	Kreistagsmitglied (bis 11.10.2022 Stellvertreter)
Stellv. Vorsitzender	Herr Dr. Andreas Hemmann	Kreistagsmitglied (ab 12.10.2022 Stellvertreter)
weitere Mitglieder	Herr Andreas Weber	Kreistagsmitglied
	Herr Heinz Klügel	Kreistagsmitglied
	Herr Christian Tischner	Kreistagsmitglied (bis zum 10.03.2022)
	Herr Dr. Robby Schlund	Kreistagsmitglied
	Herr Dr. Ulli Schäfer	Kreistagsmitglied (ab dem 12.10.2022)

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2022 keine Bezüge erhalten (Vj. keine Bezüge).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist die Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2022 beträgt 25.000,00 Euro.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer geriatrischen Rehabilitationsklinik. Aufgabe der Rehabilitationsklinik ist die Erbringung von Leistungen zur geriatrischen Rehabilitation, die eine stationäre Behandlung, aber keine Krankenhausbehandlung erfordern (§ 111 SGB V).

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu tätigen, die mit dem genannten Gesellschaftszweck im wirtschaftlichen und organisatorischen Zusammenhang stehen und diesen fördern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die der Erzielung des Hauptzweckes der Gesellschaft dienen.

Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kreisrehabklinik Ronneburg GmbH soll im Verbund mit der Kreiskrankenhaus Greiz-Ronneburg GmbH die Aufgaben gemäß geltendem Thüringer Krankenhausplan zur stationären Versorgung geriatrischer Patienten erfüllen. Die unter "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit wurde bisher nicht aufgenommen. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer geriatrischen Rehabilitationsklinik mit der Aufgabe der stationären geriatrischen Rehabilitation im Verbund mit der Kreiskrankenhaus Greiz- Ronneburg GmbH.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb wurde bisher nicht aufgenommen.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH existiert derzeit nur als Mantel und hat keine wirtschaftliche Tätigkeit.

Die Bilanzsumme beträgt 25 T€ und weist als Aktiva flüssige Mittel in Form eines Bankguthabens in vorgenannter Höhe aus. Die Passiva bilden das gezeichnete Kapital i.H.v. 25 T€ abzüglich eines Bilanzverlustes i.H.v. 2,7 T€ ab. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung i.H.v. 1,7 T€ bestehen analog dem Vorjahr gegenüber der Muttergesellschaft. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1,1 T€ ab. Dabei handelte es sich um sonstige betriebliche Aufwendungen. Es wurde keine operative Geschäftstätigkeit ausgeübt.

Die Gesellschaft wird auch im Geschäftsjahr 2023 keine Geschäftstätigkeit aufnehmen.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung sowie unter Beachtung der Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 - 31.12.2022 von der Meier & Kossen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Beanstandungen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind geordnet.

Ausgewählte Kennziffern der Kreisrehaklinik Ronneburg GmbH ¹:

Bilanz	2020	2021	2022	Änderung zum Vorjahr
	T€	T€	T€	
Anlagevermögen	0	0	0	0
Umlaufvermögen	26	25	25	0
Eigenkapital	24	23	22	- 1
Verbindlichkeiten	2	2	2	0
Bilanzsumme	26	25	25	0
Gewinn- und Verlustrechnung				
sonstige betriebliche Erträge	1	0	0	0
sonstiger betrieblicher Aufwand	0,4	0,5	1,1	0,6
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,6	- 0,5	- 1,1	0,6
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ³	100	93	91	- 2
Beschäftigte Ø	0	0	0	0

¹ Rundungsdifferenzen möglich

³ Eigenkapital / Gesamtkapital

3.2 Verkehrs- und Service-Unternehmen

3.2.1 Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz (PRG)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz	Telefon:	03661-70650
Geraer Straße 7	Telefax:	03661-706526
07973 Greiz - Gommla	E-Mail:	info@prg-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde aus der Verkehrs GmbH Greiz am 01. Januar 1991 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 201511) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08. August 2012 (mit notarieller Beurkundung Nr. 959/2012 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 240.4 – 1515.01 – 1/09 – GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2022):

Dr. Stefan Meißner	Geschäftsführer
Angela Rose	Einzelprokura

Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2022):

Vorsitzende	Frau Martina Schweinsburg	Landrätin
Stellv. Vorsitzender	Herr Kai Dittmann	Kreistagsmitglied
weitere Mitglieder	Herr Dr. Bernd Grünler	Sachverständiger
	Herr Dirk Bergner	Kreistagsmitglied
	Herr Bodo Scheffel	Sachverständiger
	Herr Torsten Braun	Kreistagsmitglied

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2022 betrug 550,00 € (Vj: 500,00 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2022 beträgt 1.662.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind die Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche, Reisebüro.

Die Tätigkeit erstreckt sich hauptsächlich auf den Nahverkehrsraum Greiz und Zeulenroda. Der Nahverkehrsraum bzw. das zugehörige Liniennetz darf nur mit Zustimmung der Gesellschafter geändert werden.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsgesellschaften abschließen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Personen- und Reiseverkehrs GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Nahverkehrsplan des Landkreises Greiz. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbständige Person in GmbH - Form. Gegenstand der Gesellschaft sind Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Flüssiggastankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche sowie Beratungs- und Servicebüro für Tarifkunden, Vertrags- und Gelegenheitsverkehre.

Kernstück der unternehmerischen Tätigkeit ist der öffentliche Personennahverkehr auf der Grundlage der erteilten 25 Linienkonzessionen (davon 17 Regionallinien) im Landkreis Greiz. Die verbleibenden 8 Stadtlinien sorgen mit der angebotenen Taktzahl für ein ausreichendes ÖPNV-Angebot in den Städten Greiz und Zeulenroda-Triebes. Das Unternehmen unterhält eine unselbstständige Außenstelle in Zeulenroda-Triebes.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Der öffentliche Personennahverkehr als Haupteinnahmequelle wird auf der Grundlage der erteilten Linienkonzessionen durchgeführt und ist im Nahverkehrsplan festgeschrieben. Die Gesellschaft erbringt hauptsächlich Verkehrsleistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz. Zwischen dem Landkreis Greiz und der PRG gibt es seit dem 01.09.2018 einen öffentlichen Dienstleistungsvertrag (ÖDA) mit einer Geltungsdauer von 10 Jahren. Gegenstand des Vertrages ist die europarechtskonforme Finanzierung des Linienverkehrs im ÖPNV des Landkreises Greiz. Sowohl die Erbringung der durch die PRG angebotenen öffentlichen Personenverkehrsdienste in dem bisherigen qualitativen und quantitativen Umfang als auch der Fortbestand des Unternehmens selbst sind im Wesentlichen von einer zukünftig ausreichenden Finanzierung durch den öffentlichen Auftraggeber abhängig. Die Ausreichung dieser Ausgleichsleistungen erfolgt auf der Grundlage des ÖDA.

Der gesamte ÖPNV stand im Jahr 2022 vor global bedingten Herausforderungen, wobei sich die Branche immer stärker im Spannungsfeld zwischen hohen gesellschaftlichen Erwartungshaltungen einerseits und zunehmenden Unsicherheiten in Bezug auf die Finanzierungssicherheit und die Gewährleistung eines wirtschaftlichen Betriebs andererseits sieht. Insbesondere das 1. Halbjahr 2022 war noch von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der zu ihrer Eindämmung behördlich angeordneten Beschränkungen des öffentlichen Lebens gekennzeichnet, währenddessen im 2. Halbjahr eine deutliche Stabilisierung bzw. sogar Steigerung der Fahrgastzahlen (gegenüber 2019) zu verzeichnen war. Einen positiven Werbeeffekt hatte hierbei sicherlich die temporäre Aktion des sog. „9-Euro-Tickets“, welche es gestattete, für 9 Euro pro Monat deutschlandweit den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen; wengleich diese Aktion allein keinen nachhaltigen Einfluss auf die ÖPNV-Nutzung hatte.

Darüber hinaus litt die gesamte Branche unter den Auswirkungen der Material- bzw. Rohstoffknappheit und der Inflation, unter anderem im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine; hinzu kommen die ungünstigeren Finanzierungsrandbedingungen infolge der zur Eindämmung der Inflation verfolgten Zinspolitik der Europäischen Zentralbank.

Die Gesellschaft schließt den Berichtszeitraum mit einem Jahresergebnis von -347 T€ ab. Damit liegt das Ergebnis deutlich unter dem Planansatz 2022 von -56 T€. In dem Planansatz nicht prognostiziert werden konnten die erheblichen Mehraufwendungen für Traktionsenergie (Dieselkraftstoff); diese waren mit -1.171 T€ fast doppelt so hoch wie ursprünglich geplant (Plan 2022: -600 T€). Berücksichtigt man die einmalige Zahlung einer „Sonderhilfe zur Vermeidung von Leistungseinschränkungen infolge der Kraftstoffpreisentwicklung“ in Höhe von 305 T€, so trägt die Dieselpreisentwicklung immer noch mit -266 T€ – und damit fast vollständig – zur Ergebnisverschlechterung gegenüber dem Planansatz bei. Der Bestand des originären Eigenkapitals beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 859 T€.

Die Gewährung entsprechender Beihilfen war und ist Voraussetzung, um unter den Einflüssen der COVID-19-Pandemie, den Erlösminderungen aus dem sogenannten „9-Euro-Ticket“ und den explosionsartig gestiegenen Kosten für Traktionsenergie die Versorgung mit öffentlichen Personenverkehrsdiensten aufrecht erhalten zu können.

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum Verkehrsleistungen im Umfang von ca. 2.228 Tsd. km (davon 45 Tsd. km bedarfsorientierte Bedienformen) erbracht; dies sind ca. 6 Tsd. km weniger als geplant, jedoch etwa 60 Tsd. km mehr als im Vorjahreszeitraum. Umfangreiche Fahrplananpassungen erfolgten im Jahr 2022 nicht; erst im April 2023 wurden geringfügige Angebotsanpassungen – einerseits zur besseren Berücksichtigung von Schichtarbeitszeiten im Berufsverkehr, andererseits zur Verbesserung der Anschlusssicherheit bei Übergängen zwischen Zug und Bus – vorgenommen.

Die ab 2018 forcierte Strategie planmäßiger, sukzessiver Ersatzinvestitionen wurde fortgesetzt. So konnten drei neue Linienbusse (zwei Standardbusse und ein Großraumbus) in Betrieb genommen werden, darüber hinaus wurde ein Bus generalüberholt und steht damit noch weitere Jahre im Linienverkehr zur Verfügung. Der Bestand an Bussen im Linienverkehr beläuft sich auf nunmehr 49 Fahrzeuge (Durchschnittsalter: 9,7 Jahre (Vorjahr: 9,4 Jahre) wovon 71% barrierefrei sind. Weitere Anschaffungen betrafen die Erneuerung der Betriebsleit- und Vertriebstechnik (Gemeinschaftsmaßnahme PRG/RVG), sowie Technik- und IT-Ausstattung.

Die bereits in den Vorjahren eingeschlagene „Drei-Säulen-Strategie“ (Ausbildung und Übernahme von Auszubildenden; externe Besetzung; Qualifizierung von „Quereinsteigern“) zur dauerhaften Sicherung des notwendigen Personalbestands hat sich im Hinblick auf die Möglichkeit des Unternehmens, freiwerdende Stellen rechtzeitig und in erforderlichem Umfang besetzen zu können, bewährt.

Zur Fachkräftesicherung insbesondere im Bereich der Berufskraftfahrer wird durch die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH eine eigene Betriebsfahrschule unterhalten, welche die komplette Betreuung der eigenen Auszubildenden, die Qualifizierung von Quereinsteigern und die gesetzlich notwendigen Schulungsmaßnahmen übernimmt. Damit kann für die Verkehrsunternehmen eine von der Verfügbarkeit von Fahrschulkapazitäten zunehmend schwierigen Marktsituation entkoppelte Lösung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs gewährleistet werden, womit einerseits zeitlich flexibel und andererseits wesentlich kostengünstiger auf die Bedarfe der Unternehmen reagiert werden kann. Zudem stärkt die hausinterne Ausbildung die Position der beiden Verkehrsunternehmen bei der Gewinnung und Betreuung von Auszubildenden.

Die Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.2022 beträgt 4.770 T€. Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist im Anlagevermögen (immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) gebunden; der Netto-Buchwert des Anlagevermögens belief sich zum Bilanzstichtag auf 2.681 T€. Das Anlagevermögen ist unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen vollständig durch Eigenkapital sowie mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt. Der wertmäßige Bestand an Vorräten liegt zum Bilanzstichtag bei 86 T€. Die Höhe der Forderungen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 1.583 T€. Hierin enthalten sind auch Ausgleichszahlungen für COVID-19- bedingte Schäden in Höhe von 634 T€, welche erst nach dem Bilanzstichtag liquiditätswirksam werden.

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Investitionen in einem Gesamtumfang von 938 T€ getätigt. Abzüglich erhaltener Fördermittel in Höhe von 139 T€ betragen die Netto-Investitionen der PRG im Berichtszeitraum etwa 799 T€, was deutlich über dem langjährigen Mittel der vergangenen Jahre lag und sich durch eine umfangreiche Einmal-Investition zur kompletten Erneuerung und funktionalen Erweiterung der Leit- und Sicherungstechnik begründet. Das Eigenkapital beträgt 859 T€, was einer Quote von 18% entspricht (Vorjahr 23%).

Die Finanzlage:

Die Finanzlage wird – auch angesichts der öffentlichen Aufgaben und politischen Entscheidungen – durch die Unterstützung des Gesellschafters als stabil eingeschätzt. Auf die veränderte finanzielle Lage infolge der COVID-19-Pandemie bzw. dem „9-Euro-Ticket“ und der hieraus resultierenden Erlösausfälle hat die Gesellschaft durch Verhandlungen einerseits mit dem Freistaat Thüringen und dem Landkreis Greiz als Aufgabenträger über die vorfristige Ausreichung von Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG sowie gemäß ÖDA reagiert, bis Klarheit über den Erhalt von Hilfszahlungen aus dem sog. „ÖPNV - Rettungsschirm“ bestand. Darüber hinaus wurde eine Anpassung der Höhe der Kontokorrentkreditlinie vorgenommen, welche aber nur bei Bedarf in Anspruch genommen wird. Durch diese Maßnahmen ist es gelungen, die Liquidität der Gesellschaft auch während der COVID-19-Pandemie sowie dem 9-Euro-Ticket-Aktionszeitraum zu sichern. Der Landkreis Greiz hat der Gesellschaft zur Abmilderung bzw. Überbrückung der Folgen aus der Preisentwicklung ein rückzahlbares Gesellschafterdarlehen in Höhe von 342 T€ gewährt, dessen Tilgung zunächst bis zum 31.12.2024 ausgesetzt ist. Aufgrund der Systematik zur Bemessung der Ausgleichszahlungen ist eine Tilgung des Gesellschafterdarlehens aus positiven Jahresergebnissen ab 2025 möglich. Die Gesellschaft verfügt über einen zuverlässigen Kundenkreis; Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 3.134 T€, davon Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten aus der Finanzierung von Investitionen auf 1.240 T€.

Unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung sowie der geplanten Ein- und Auszahlungen wird die Gesellschaft in der Lage sein, ihren Zahlungsverpflichtungen auch zukünftig fristgerecht nachzukommen.

Die Ertragslage:

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Erlöse in einer Höhe von insgesamt +8.020 T€ erzielt (Vorjahr: +7.662 T€). Die Umsatzerlöse betragen 6.381 T€ (Vorjahr 5.799 T€). Die Aufwendungen lagen im Gegenzug bei -8.368 T€ (Vorjahr: -7.193 T€). Das Jahresergebnis der PRG beträgt damit im Jahr 2022 -347 T€ (Vorjahr: +469 T€).

Den überwiegenden Anteil der im Sinne des § 8 (4) Satz 2 PBefG eigenwirtschaftlichen Erlöse bilden die Fahrgeldeinnahmen im Linienverkehr. Im Berichtszeitraum betragen diese +1.878 T€, was gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 3% bedeutet. (Diese Entwicklung ist maßgebend auf die erheblichen Einnahmeausfälle im Zusammenhang mit dem sog. „9-Euro-Ticket“ zurückzuführen.

Die Erlöse beinhalten auch die Erträge mit Zuschusscharakter (Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers auf der Grundlage des ÖDA in einer Höhe von +2.312 T€ (Vorjahr: +2.317 T€). Ausgleichszahlungen wurden für die ermäßigte Schülerbeförderung (vgl. § 45a PBefG) in einer Höhe von +1.028 T€ (Vorjahr: +912 T€) gewährt, wobei der Anstieg für das Jahr 2022 auf zusätzliche Fahrgäste im Ausbildungsverkehr, die nunmehr ganzjährige Ausschöpfung eines sog. „Verbundzuschlags“ gemäß § 3 Abs. (3) PBefAusglV und den Nachweis einer höheren Beförderungsweite im Schüler- bzw. Ausbildungsverkehr zurückzuführen ist. Darüber hinaus wurden Ausgleichszahlungen für die unentgeltliche Schwerbehindertenbeförderung (vgl. § 231 SGB IX) in einer Höhe von +56 T€ gewährt (Vorjahr: +87 Tsd. EUR).

Auf Grundlage der beihilferechtlichen Entscheidung der EU-Kommission SA.57675 vom 07.08.2020 (sog. „ÖPNV-Corona-Rettungsschirm“) haben Bund und Länder die dem öffentlichen Linienverkehr zuzuordnenden Erlösausfälle (nicht jedoch die zusätzlichen Kosten, z.B. für Arbeitsschutz und Hygienemaßnahmen) ausgeglichen; hinzu kommt die Erstattung der durch die verbindlich vorgeschriebene Anwendung des „9-Euro-Ticket“-Tarifs entstehenden Einnahmeausfälle. Für das Jahr 2022 betragen diese Ausgleichszahlungen einschl. der Forderungen insgesamt +1.106 T€.

Da das Unternehmen aufgrund seines Charakters als Versorgungsunternehmen nicht in der Lage ist, durch eigene Einnahmen aus Umsatzerlösen die Kosten zu decken, waren öffentliche Ausgleichszahlungen erforderlich, um eine bedarfsgerechte Verkehrsbedienung im öffentlichen Personennahverkehr zu sichern:

- in T€ -	2021	2022
Ausgleichsleistungen entsprechend Öffentlichem Dienstleistungsauftrag ab 01.09.2018 <i>darin enthalten: Finanzhilfen des Landes</i>	2.317	2.312
Sonderhilfe „Kraftstoffkosten“	0	305
Corona-Ausgleichszahlungen für Schäden in Betriebszweigen außerhalb des ÖPNV	335	0
Ausgleichszahlungen des Landes (§ 45a PBefG; §§ 228 ff. SGB IX)	999	1.084
Ausgleichszahlungen aus dem „ÖPNV-Corona-Rettungsschirm“ Thüringen	904	677
Gesamt	4.555	4.378

Zum Zeitpunkt der Berichtsaufstellung gilt für die PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz ein mit der Gewerkschaft VER.DI verhandelter Tarifvertrag, welcher noch eine Laufzeit bis einschließlich Juni 2024 besitzt und über die Gesamtlaufzeit von zwei Jahren eine Steigerung der Stundenlöhne um +7,4% beinhaltet (zzgl. Erhöhung von Zuschlägen und Sonderzahlungen). Gleichzeitig konnten die bei der letzten Tarifverhandlung erzielten, leistungsabhängigen Vergütungsbestandteile beibehalten werden. Personalaufwendungen stiegen daher planmäßig auf insgesamt -4.629 T€ (Vorjahr: -4.231 T€) bei gleichbleibender Anzahl der Beschäftigten.

Der Materialaufwand betrug im Berichtszeitraum -1.991 T€ (Vorjahr: -1.268 T€), wobei der Aufwuchs – wie bereits ausgeführt – überwiegend durch den Anstieg der Kosten für Traktionsenergie hervorgerufen wird.

Chancen – Risiken - Ausblick:

Zum 01.09.2018 trat ein neuer öffentlicher Dienstleistungsauftrag (ÖDA) in Kraft. Dieser hat eine aktualisierte Kalkulation der Aufwendungen und Erlöse für die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Grundlage und gewährleistet somit eine auskömmliche, zugleich aber auch den beihilferechtlichen Bestimmungen genügende Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Verkehrsleistungen. Sämtliche Genehmigungen nach PBefG wurden der PRG für 10 Jahre erteilt, somit besteht Planungssicherheit hinsichtlich der Auftrags- und Geschäftsgrundlage.

In enger Abstimmung mit dem Aufgabenträger wurde zum 13.08.2018 ein neues Angebots- und Fahrplankonzept umgesetzt. In der Folge gelang es, die Fahrgastzahlen zu stabilisieren bzw. zu steigern. Das Angebotskonzept, welches eine Verdichtung und Systematisierung (Vertaktung, verbesserte Anschlüsse zwischen Bus und Zug) im Stadtverkehr sowie zwischen den zentralen Orten beinhaltet, soll beibehalten und bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden. Dies umfasst u.a. die Einrichtung einer neuen durchgehenden Verbindung Greiz – Reudnitz – Fraureuth – Werdau unter Beteiligung des benachbarten Aufgabenträgers LK Zwickau sowie die Ausweitung des Bedienzeitraums auf den Linien Greiz – Zeulenroda und Greiz – Reichenbach zur Anpassung an die Schichtzeiten bei größeren Gewerbestandorten.

Mit der Einführung des sog. „Deutschland-Tickets“ ab Mai 2023 – als Monatskarte im Abonnement, welches die deutschlandweite Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ermöglicht – erfolgt ein politisch motivierter Strukturbruch im öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland, welcher erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsnachfrage bzw. das Verkehrsmittelwahlverhalten, auf Tarifsysteme und in der Folge auch auf Produktionskonzepte haben wird. Gleiches gilt für die Absicht des Freistaats Thüringen, einen thüringenweiten, integralen Taktfahrplan (ITF) im Sinne einer zeitlichen Verknüpfung der verschiedenen ÖPNV-Angebote implementieren zu wollen. Die Gesellschaft und die weiteren in der Verkehrsgemeinschaft des Landkreises Greiz zusammengefassten Unternehmen werden sich hierauf einstellen und ihre Angebotskonzepte und Vertriebsstrukturen entsprechend anpassen müssen.

Für Bedienräume mit einer dünn und dispers besiedelten Raumstruktur, welche in der Folge auch unter einer tendenziell schwachen Nachfrage leiden, sollen weitgehend bedarfsorientierte Bedienformen eingeführt werden, welche einerseits hinreichend den Anforderungen an die Daseinsvorsorge genügen, andererseits aber durch eine strikte Ausrichtung an der Verkehrsnachfrage zu einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit dieser Verkehre führen. Außerhalb der Zeiten des Schulverkehrs existiert innerhalb des Bedienraums weder ein festgelegter Linienverlauf noch ein fester Fahrplan; vielmehr können die Fahrgäste den Rufbus innerhalb des angebotenen Bedienzeitraums (ca. 08–18 Uhr) mit einem zeitlichen Vorlauf von mindestens einer Stunde zu jeder beliebigen Zeit bestellen. Grundlage hierfür ist die Novelle des PBefG aus dem Jahr 2021, welche hierfür die neue Betriebsform des „Linienbedarfsverkehrs“ (§ 44 PBefG) vorsieht. Das im Dezember 2021 eingeführte Pilotprojekt rund um die Stadt Elsterberg sowie die zur Stadt Greiz gehörenden Ortsteile im Vogtländischen Oberland verläuft sehr zufriedenstellend, so dass eine Ausweitung dieses Betriebskonzepts auf weitere Gebiete vorgesehen ist.

Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Nachfrageeinbrüche infolge der COVID-19-Pandemie, welche den Geschäftsverlauf der Jahre 2020, 2021 und teilweise auch 2022 erheblich beeinflusst haben, im Jahr 2023 überwunden sein werden und sich demgegenüber sogar eine Erhöhung der Verkehrsnachfrage einstellen wird.

Die Geschäftsentwicklung in dem auf den Berichtszeitraum folgenden Jahr wird in erheblichem Maße von der Einführung des sog. „Deutschland-Tickets“ beeinflusst werden. Bei einem (Einführungs-)Preis von 49 Euro pro Monat liegt das Tarifniveau vielfach unter dem Preis von bisherigen Zeitkarten, eröffnet aber mit einer deutschlandweiten Nutzbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs einen deutlich erweiterten Bewegungshorizont. Insbesondere Vielfahrer (Schüler, Auszubildende, Pendler), die bisher ggf. auch in mehreren Tarifgebieten unterwegs waren, profitieren von deutlichen Einsparungen. Es ist daher davon auszugehen, dass mittelfristig sämtliche bisherigen Zeitkartenkunden in den Tarif des „Deutschland-Tickets“ wechseln werden und auch neue Zeitkartenkunden gewonnen werden. Inwiefern neue Zeitkartenkunden tatsächlich auch neue, regelmäßige Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs sein werden, bleibt indes abzuwarten.

Für erhebliche Unsicherheiten aus der Einführung und weiteren Entwicklung des „Deutschland-Tickets“ sehen sich die Verkehrsunternehmen – deutschlandweit – mit erheblichen Fragestellungen konfrontiert, die seitens der Politik bislang nur unzureichend beantwortet bzw. ausgestaltet sind (vgl. Seite 58 - Chancen – Risiken- Ausblick RVG GmbH).

Die Gesellschaft stimmt sich intensiv mit dem Landkreis Greiz als Aufgabenträger, mit benachbarten Aufgabenträgern, aber auch mit den im Einzugsbereich der Gesellschaft aktiven Eisenbahnverkehrsunternehmen und dem Freistaat Thüringen als Aufgabenträger für den SPN hinsichtlich der Fortentwicklung des Verkehrsangebots ab. So wurden bereits durch die Angebotskonzeption aus dem Jahr 2018 wesentliche Ansätze, die sich nunmehr in der ITF-Rahmenplanung des Freistaats Thüringen wiederfinden, umgesetzt, so dass günstige Voraussetzungen für die Etablierung des ITF im Landkreis Greiz bestehen. Insbesondere unter förderrechtlichen Aspekten wird die Integration weiterer dafür geeigneter Linien bzw. Verkehrsangebote in das ITF-Netz bzw. das Netz der „landesbedeutsamen Buslinien“ angestrebt.

Die Gesellschaft ist mittel- und langfristig immer intensiver mit den Auswirkungen der politisch geführten Diskussionen um einen „nachhaltig gestalteten“ gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel konfrontiert. Hieraus können sowohl Chancen als auch Risiken für das Geschäftsmodell der Gesellschaft entstehen, was jedoch maßgeblich davon abhängt, wie der „Nachhaltigkeitsbegriff“ politisch ausgestaltet wird.

Grundsätzlich ist es aus Sicht der Gesellschaft zunächst einmal zu begrüßen, dass die Umweltvorteile des öffentlichen Verkehrs in der politischen Diskussion zumindest mehr Gewicht erhalten und dies zu konzeptionellen Überlegungen führt, wie eine Verhaltensadaption zugunsten einer Nutzung des ÖPNV erfolgen kann. Nach Auffassung der Gesellschaft setzt dies in erster Linie die Bereitstellung zusätzlicher Verkehrsleistungen voraus, da dadurch deren Flexibilität erhöht und der öffentliche Verkehr davon im Hinblick auf eine möglichst geringe „komplexe Reisezeit“ (als wesentliches Kriterium für die Verkehrsmittelwahl) profitiert. Dies erfordert jedoch eine signifikant höhere und verlässliche Ausstattung der jeweils zuständigen Aufgabenträger mit finanziellen Mitteln, um diese Mehrleistungen bestellen bzw. dauerhaft sichern zu können; dann wäre eine Stärkung der Rolle des ÖPNV zu erwarten. Entsprechende Handlungen zu einer verbesserten und verlässlichen Finanzausstattung der Aufgabenträger im Hinblick auf die Finanzierung der bei den Verkehrsunternehmen verbleibenden Defizite sind jedoch bislang allenfalls nur ansatzweise erkennbar; vielmehr dominieren derzeit Investitionszuschüsse (jedoch in unterschiedlichen Höhen und mit häufig wechselnden Prioritäten seitens der Zuschussgeber) als auch mittelbare Subventionen, die auf eine Verringerung der Nutzerkosten ausgerichtet sind und damit lediglich bisherige

Finanzierungsanteile der Fahrgäste durch jene der öffentlichen Hand ersetzen, ohne dadurch jedoch die Gesamtfinanzierungsbasis des öffentlichen Verkehrs zu stärken.

Nach gegenwärtigem Stand muss eingeschätzt werden, dass die Nachhaltigkeitsdiskussion im Ergebnis weniger auf einen Wandel des Verkehrs- und Mobilitätsverhaltens gerichtet ist, sondern vielmehr darauf fokussiert ist, die Vorgaben aus internationalen Vereinbarungen zur Einhaltung bestimmter Emissionsgrenzwerte umzusetzen. Trotz der bereits systembedingt sehr guten, spezifischen Emissionswerte im öffentlichen Verkehr im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern – und dem damit verbundenen, vergleichsweise geringen Emissionsminderungspotential – wird dem ÖPNV eine Hauptrolle im Hinblick auf eine kurzfristige Umstellung bedeutender Flottenanteile auf emissionsfreie Antriebsarten zugewiesen. Hieraus resultiert für die Verkehrsunternehmen bereits kurzfristig ein extrem steigender Finanzmittelbedarf, der durch die Gesellschaft allein nicht stemmbar ist. Hinzu kommt die fehlende Langstreckentauglichkeit der gegenwärtig am Markt verfügbaren Fahrzeugmodelle, sodass der Finanzmittelbedarf nicht nur aufgrund des höheren Stückpreises pro Bus, sondern zusätzlich auch aufgrund der geringeren Umlaufproduktivität überproportional steigen wird. Ohne eine kurzfristig erfolgende, erhebliche und dauerhaft angelegte Steigerung der Finanzierungsbeiträge der öffentlichen Hand wäre die Umsetzung des politisch gewollten Antriebswandels mit derart hohen Zuwächsen beim Beförderungstarif verbunden, welche hinsichtlich ihrer Verkehrsmittelwahl flexible Nutzer eher vom öffentlichen Verkehr abhalten werden – insbesondere schon deshalb, weil allein aus der „Antriebswende“ kein erwähnenswerter Vorteil für den Fahrgast resultiert. Zudem ist schon aufgrund des der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Finanzmittelbudgets eine kurzfristige Umstellung der Fahrzeugflotte auf andere Antriebsarten nicht leistbar und derzeit auch nicht sinnvoll.

Die Gesellschaft beobachtet jedoch die technischen Entwicklungen am Markt genau; möglicherweise lassen sich hierdurch in Zukunft diversifizierte Antriebsstrategien (z.B. batterieelektrische Fahrzeuge mit lokalen Lademöglichkeiten im Segment bedarfsorientierter Bedienformen, Wasserstoff- oder EFuels-Antrieb im Langstreckensegment) ableiten. Gleiches gilt auch für die zunehmende Digitalisierung des Betriebs und des Vertriebs, wobei die Anforderungen an eine kundenfreundliche Ausgestaltung von Vertriebs- und Informationssystemen sowie an eine hohe Datenverfügbarkeit und -sicherheit zu beachten sind.

Eine große Unsicherheit stellt die kurz- bis mittelfristige Preisentwicklung sowie die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Ersatzteilen dar. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sich die Inflation zwar verlangsamt, die Verbraucherpreise für Rohstoffe, Waren und Dienstleistungen aber insgesamt auf einem vergleichsweise hohen Niveau verharren. Damit werden sich auch die Kosten für die Leistungserstellung strukturell erhöhen, was sich u.a. in höheren Beförderungstarifen niederschlagen wird.

Für das Jahr 2023 geht die Gesellschaft unter Berücksichtigung der zum Zeitpunkt der Berichtsaufstellung aktuellen Entwicklungen von einem ausgeglichenen Ergebnis aus.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 von der FIDAIX GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

Ausgewählte Kennziffern der PRG ¹:

Bilanz	2020 T€	2021 T€	2022 T€	Änderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	2.893	2.476	2.681	+205
Umlaufvermögen	1.350	2.193	2.088	-105
Eigenkapital	737	1.206	859	-347
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	405	324	270	-54
Rückstellungen	381	382	435	+53
Verbindlichkeiten	2.721	2.692	3.134	+442
Bilanzsumme	4.243	4.679	4.770	+91
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	5.384	5.799	6.381	+582
Personalaufwand	3.913	4.231	4.629	+398
Materialaufwand	1.158	1.268	1.991	+723
Abschreibungen	551	628	604	+24
sonstiger betrieblicher Aufwand	1.134	1.024	1.107	+83
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26	33	28	-5
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	40	469	-347	-816
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ²	27	26	18	-8
Beschäftigte Ø	92	88	88	0
Fahrplankilometer LK Greiz (Tkm) ³	2.095	2.083	2.100	+17
Tariferlöse je FPK (€) ³	0,88	0,90	0,86	-0,04
Materialaufwand je FPK (€) ³	0,42	0,49	0,64	+0,15
Personalaufwand je FPK (€) ³	1,78	1,93	2,06	+0,13

¹ Rundungsdifferenzen möglich² Eigenkapital / Gesamtkapital, wobei der Sonderposten aus Zuwendungen in das Eigenkapital mit eingerechnet wurde³ Betrifft nur öffentlichen Linienverkehr im Landkreis Greiz.

3.2.2 Regionalverkehr Gera/Land GmbH (RVG)

Sitz und Anschrift des Unternehmens

RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH	Telefon:	0365-824560
Leibnizstraße 74	Telefax:	0365-8245625
07548 Gera	E-Mail:	info@rvg-gera.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde 23. November 1992 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 202722) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08. August 2012 (mit notarieller Beurkundung Nr. 956/2012 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 204.4 – 1515.01 – 001/98 - GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand: 31.12.2022):

Dr. Stefan Meißner	Geschäftsführer
Angela Rose	Einzelprokura

Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2022):

Vorsitzende	Frau Martina Schweinsburg	Landrätin
Stellv. Vorsitzender	Herr Kai Dittmann	Kreistagsmitglied
weitere Mitglieder	Herr Dr. Bernd Grünler	Sachverständiger
	Herr Dirk Bergner	Kreistagsmitglied
	Herr Bodo Scheffel	Sachverständiger
	Herr Torsten Braun	Kreistagsmitglied

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Jahr 2022 betrug 550,00 € (Vj. 500,00 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2022 beträgt 650.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine
 Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens sind die Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehren nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar und mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche, Reisebüro.

Die Tätigkeit erstreckt sich hauptsächlich auf den Nahverkehrsraum Gera, der im Wesentlichen das Gebiet des Landkreises Greiz und der Stadt Gera umfasst. Der Nahverkehrsraum bzw. das zugehörige Liniennetz darf nur mit Zustimmung der Gesellschafter geändert werden.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsgesellschaften abschließen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Regionalverkehr Gera/Land GmbH erfüllt die Aufgaben entsprechend dem geltenden Nahverkehrsplan des Landkreises Greiz. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem absehbaren Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbstständige Person in GmbH - Form. Die Regionalverkehr Gera/Land GmbH betreibt ein Busunternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs. Gegenstand des Unternehmens sind Übernahme, Einrichtung und Betrieb von Personenverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind, wie Tankstelle, Werkstatt, Fahrzeugwäsche und Reisebüro. Haupttätigkeiten sind insbesondere der Linien- und Schülerverkehr. Die regionalen Linien verbinden zentrale Orte des Landkreises untereinander und mit denen angrenzender Landkreise bzw. mit der Stadt Gera. Zur weiteren Auslastung der Omnibusse werden Leistungen im Vertrags- und Gelegenheitsverkehr erbracht. Die RVG besitzt Genehmigungen für den Betrieb von 15 Regionalverkehrslinien im Landkreis Greiz sowie für zwei Stadtverkehrslinien in Gera.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Das 1. Halbjahr 2022 war noch von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der zu ihrer Eindämmung behördlich angeordneten Beschränkungen des öffentlichen Lebens gekennzeichnet, währenddessen im 2. Halbjahr eine deutliche Stabilisierung bzw. sogar Steigerung der Fahrgastzahlen (gegenüber 2019) zu verzeichnen war. Einen positiven Werbeeffect hatte hierbei sicherlich die temporäre Aktion des sog. „9-Euro-Tickets“, wenngleich diese Aktion allein keinen nachhaltigen Einfluss auf die ÖPNV-Nutzung hatte.

Darüber hinaus litt die gesamte Branche unter den Auswirkungen der Material- bzw. Rohstoffknappheit und der Inflation, unter anderem im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine; hinzu kommen die ungünstigeren Finanzierungsrandbedingungen infolge der zur Eindämmung der Inflation verfolgten Zinspolitik der Europäischen Zentralbank. Diese Entwicklungen haben zu einer branchenweit prekären Finanz- und Liquiditätslage der Verkehrsunternehmen beigetragen, was sich in einem Anstieg der Insolvenzen im Verkehrsgewerbe um 4,2% (Quelle: Verkehrs-Rundschau, 09.05.2023) niedergeschlagen hat. Durch die als Reaktion hierauf durch die Gewerkschaften verfolgten und auch weitgehend durchgesetzten Lohnforderungen ist auch perspektivisch mit einem Anstieg der Aufwendungen zu rechnen.

Das Berichtsjahr war durch die Fortführung des 2019 begonnenen Umstrukturierungsprozesses geprägt, der auch in den Folgejahren weiter fortgesetzt werden muss, um eine dauerhafte Stabilität der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens bei gleichzeitiger betrieblicher und technischer Sicherstellung der dem Unternehmen obliegenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen weiterhin gewährleisten zu können. Dabei bilden der im Dezember 2019 in Kraft getretene ÖDA, die Integration des Bedienegebiets „Gera-Nord“ als eigener konzessionierter Linienverkehr in das RVG-Netz sowie bestehenden Liniengenehmigungen eine langfristige und belastbare Planungs- und Finanzierungsgrundlage.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von -338 T€ ab. Der Bilanzverlust beläuft sich zum Stichtag 31.12.2022 auf -702 T€. Damit liegt das Ergebnis deutlich unter dem Planansatz 2022, bei dem die erheblichen Mehraufwendungen für Traktionsenergie (Dieselkraftstoff mit -925 T€ fast doppelt so hoch wie ursprünglich geplant) nicht prognostiziert werden konnten. Dies korrespondiert auch mit der deutschlandweiten Preisentwicklung für Kraftstoffe – so lag der Preisindex für Dieselkraftstoff für das Jahr 2022 bei 172,1 (gegenüber 118,9 im Jahr 2021). Berücksichtigt man die einmalige Zahlung einer „Sonderhilfe zur Vermeidung von Leistungseinschränkungen infolge der Kraftstoffpreisentwicklung“ in Höhe von 228 T€, so trägt die Dieselpreisentwicklung immer noch mit -202 T€ – und damit zum überwiegenden Teil – zur Ergebnisverschlechterung gegenüber dem Planansatz bei.

Die Gesellschaft unterhielt eine gepachtete, öffentliche Tankstelle in unmittelbarer Nähe zum Betriebshof. In diesem Teilbetrieb wurde ein Jahresergebnis in Höhe von -18 T€ erzielt. Aufgrund negativer Fortführungsprognosen wurde der Pachtvertrag im Berichtsjahr gekündigt.

Die Gewährung entsprechender Beihilfen war und ist Voraussetzung, um unter den Einflüssen der COVID-19-Pandemie, den Erlösminderungen aus dem sogenannten „9-Euro-Ticket“ und den explosionsartig gestiegenen Kosten für Traktionsenergie die Versorgung mit öffentlichen Personenverkehrsdiensten aufrecht erhalten zu können.

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum Verkehrsleistungen in einer Größenordnung von 1.783 Tsd. km erbracht; dies sind etwa 51 Tsd. km mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs ist insbesondere auf zusätzliche Leistungen im Stadtgebiet Gera zurückzuführen.

Nachdem infolge der Umsetzung des neuen Verkehrskonzepts im Dezember 2019 der notwendige Einsatzbestand an Bussen verringert werden konnte, beläuft sich dieser zum Stichtag 31.12.2022 auf 30 Busse. Neu beschafft wurden im Berichtsjahr zwei niederflurige Standardbusse. Das Durchschnittsalter der im Einsatzbestand befindlichen Fahrzeuge belief sich zum Bilanzstichtag auf 7,8 Jahre (Vorjahr: 7,5 Jahre), wovon 83% niederflurig sind. Weitere Anschaffungen betrafen die Erneuerung der Betriebsleit- und Vertriebstechnik (Gemeinschaftsmaßnahme PRG/RVG).

Die bereits in den Vorjahren eingeschlagene „Drei-Säulen-Strategie“ (Ausbildung und Übernahme von Auszubildenden; externe Besetzung; Qualifizierung von „Quereinsteigern“) zur dauerhaften Sicherung des notwendigen Personalbestands hat sich im Hinblick auf die Möglichkeit des Unternehmens, freiwerdende Stellen rechtzeitig und in erforderlichem Umfang besetzen zu können, bewährt. Gleichwohl zeigten sich im Bereich der Qualifizierung von „Quereinsteigern“, wozu bislang auf externe Firmen zurückgegriffen werden musste, zunehmend Probleme. Daher wurde nach intensiver Abwägung unter Verantwortung der SVG die Etablierung einer auf die betrieblichen Anforderungen von PRG und RVG ausgerichteten Fahrschule beschlossen. Neben der Qualifizierung von „Quereinsteigern“ können nunmehr auch die praktische Lehrlingsausbildung als auch die regelmäßigen Berufskraftfahrerschulungen hausintern durchgeführt werden, was zu deutlichen Kosteneinsparungen führt.

Die Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.2022 beträgt 3.697 T€. Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist in Anlagevermögen gebunden. Der Netto-Buchwert des Anlagevermögens belief sich zum Bilanzstichtag auf 2.544 T€. Das Anlagevermögen ist vollständig durch Eigenkapital sowie mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt. Der wertmäßige Bestand an Vorräten lag zum Bilanzstichtag bei 9 T€. Die Höhe der Forderungen beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 842 T€. Hierin enthalten sind u.a. Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG sowie für COVID-19-bedingte Schäden aus 2021 (!) und Forderungen gegenüber der Verkehrsgemeinschaft Mittelthüringen GmbH (VMT) aufgrund des neuen Einnahmeaufteilungsschlüssels. Der Bestand liquider Mittel belief sich zum Bilanzstichtag auf 279 T€.

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Investitionen in Höhe von 611 T€ getätigt. Abzüglich erhaltener Fördermittel in Höhe von 162 T€ betragen die Netto-Investitionen der RVG 449 T€. Das Eigenkapital beträgt 114 T€. Die Eigenkapitalquote liegt bei 3 % (Vorjahr 12 %).

Die Finanzlage:

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 3.341 T€, wovon der überwiegende Teil auf Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten aus Finanzierungstätigkeiten von Investitionen zurückzuführen ist (1.464 T€). Der Landkreis Greiz hat der Gesellschaft zur Abmilderung bzw. Überbrückung der Folgen aus der Preisentwicklung ein rückzahlbares Gesellschafterdarlehen in Höhe von 529 T€ gewährt, dessen Tilgung zunächst bis zum

31.12.2024 ausgesetzt ist. Aufgrund der Systematik zur Bemessung der Ausgleichszahlungen ist eine Tilgung des Gesellschafterdarlehens aus positiven Jahresergebnissen ab 2025 möglich. Die Finanzlage des Unternehmens ist – auch angesichts der öffentlichen Aufgaben und politischen Entscheidungen – stabil. Auf die veränderte finanzielle Lage infolge der COVID-19-Pandemie bzw. dem „9-Euro-Ticket“ und der hieraus resultierenden Erlösausfälle hat die Gesellschaft durch Verhandlungen einerseits mit dem Freistaat Thüringen und dem Landkreis Greiz als Aufgabenträger über die vorfristige Ausreichung von Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG sowie gemäß ÖDA reagiert, bis Klarheit über den Erhalt von Hilfszahlungen aus dem sog. „ÖPNV-Rettungsschirm“ bestand. Darüber hinaus wurde eine Anpassung der Höhe der Kontokorrentkreditlinie vorgenommen, welche aber nur bei Bedarf in Anspruch genommen wird. Durch diese Maßnahmen ist es gelungen, die Liquidität der Gesellschaft auch während der COVID-19-Pandemie sowie dem 9- Euro-Ticket-Aktionszeitraum zu sichern. Die Gesellschaft verfügt über einen zuverlässigen Kundenkreis; Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme.

Unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung sowie der geplanten Ein- und Auszahlungen wird die Gesellschaft in der Lage sein, ihren Zahlungsverpflichtungen auch zukünftig fristgerecht nachzukommen.

Die Ertragslage:

Im Berichtszeitraum hat die Gesellschaft Erlöse in einer Höhe von insgesamt +6.269 T€ (Vorjahr: +6.290 T€). Die Umsatzerlöse betragen 5.516 T€ (Vorjahr 5.758 T€), wobei im Berichtsjahr – im Gegensatz zum Vorjahr – Erträge aus dem Tankstellenbetrieb in Höhe von 299 T€ nur für einen „Rumpfzeitraum“ enthalten sind (Vorjahr: +670 T€). Damit sind die Gesamterlöse im Verkehrsbetrieb im Berichtszeitraum um +350 T€ gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Maßgeblich hierfür sind – trotz der Einnahmeausfälle während des temporären Aktionszeitraums des „9-Euro-Tickets“ (Juni – August 2022) – gestiegene Fahrgelderlöse (+1.136 T€; Vorjahr: +1.100 T€), erhöhte Ausgleichszahlungen nach § 45a PBefG für die ermäßigte Schülerbeförderung sowie höhere Umsatzerlöse in den Geschäftsfeldern außerhalb des Linienverkehrs.

Im Zusammenhang mit der Befriedigung von Gläubigerforderungen aus dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH konnten einmalig Erträge in Höhe von +100 T€ erzielt werden; damit wurden die offenen Hauptforderungen der Gesellschaft – vorwiegend aus bis zur Insolvenzeröffnung für die Schuldnerin erbrachten Subunternehmerleistungen im Linienverkehr – vollumfänglich bedient.

Die Erlöse beinhalten auch die Erträge mit Zuschusscharakter (Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers auf der Grundlage des ÖDA in einer Höhe von +3.008 T€ (Vorjahr: +2.957 T€). Ausgleichszahlungen wurden für die ermäßigte Schülerbeförderung (§ 45a PBefG) in einer Höhe von +682 T€ (Vorjahr: +569 T€) gewährt, wobei der Anstieg für das Jahr 2022 auf zusätzliche Fahrgäste im Ausbildungsverkehr, die nunmehr ganzjährige Ausschöpfung eines sog. „Verbundzuschlags“ gemäß § 3 Abs. (3) PBefAusgIV und den Nachweis einer höheren Beförderungsweite im Schüler- bzw. Ausbildungsverkehr zurückzuführen ist. Darüber hinaus wurden Ausgleichszahlungen für die unentgeltliche Schwerbehindertenbeförderung (§ 231 SGB IX) in einer Höhe von +34 T€ gewährt (Vorjahr: +24 T€).

Auf Grundlage der beihilferechtlichen Entscheidung der EU-Kommission SA.57675 vom 07.08.2020 (sog. „ÖPNV-Corona-Rettungsschirm“) haben Bund und Länder die dem öffentlichen Linienverkehr zuzuordnenden Erlösausfälle (nicht jedoch die zusätzlichen Kosten, z.B. für Arbeitsschutz und Hygienemaßnahmen) ausgeglichen; hinzu kommt die Erstattung der durch die verbindlich vorgeschriebene Anwendung des „9-Euro-Ticket“-Tarifs entstehenden Einnahmeausfälle. Für das Jahr 2022 betragen diese Ausgleichszahlungen inkl. Forderungen insgesamt +325 T€ (Vorjahr: +328 T€).

Da das Unternehmen aufgrund seines Charakters als Versorgungsunternehmen nicht in der Lage ist, durch eigene Einnahmen aus Umsatzerlösen die Kosten zu decken, waren öffentliche Ausgleichszahlungen erforderlich, um eine bedarfsgerechte Verkehrsbedienung im öffentlichen Personennahverkehr zu sichern:

- in T€ -	2021	2022
Ausgleichsleistungen nach Verkehrsfinanzierungs- und Verkehrsqualifizierungsvertrag; ab 01.12.2019 Öffentlicher Dienstleistungsauftrag:	2.977	3.008
<i>darin enthalten: aus Finanzhilfen des Landes</i>	337	342
Sonderhilfe „Kraftstoffkosten“	0	228
Corona-Ausgleichszahlungen für Schäden in Betriebszweigen außerhalb des ÖPNV	49	0
Ausgleichszahlungen des Landes (§ 45a PBefG; §§ 228 ff. SGB IX)	593	715
Ausgleichszahlungen aus dem „ÖPNV-Corona-Rettungsschirm“ Thüringen	303	325
Gesamt	3.922	4.276

Den größten Anteil der betrieblichen Aufwendungen machen Personalaufwendungen sowie die entsprechenden Aufwendungen für die soziale Sicherung/Altersvorsorge aus (ca. 50 % der gesamten Aufwendungen). Die Personalaufwendungen liegen bei 3.703 T€. Zum Zeitpunkt der Berichtsaufstellung gilt für die RVG ein mit der Gewerkschaft VER.DI verhandelter Tarifvertrag, welcher noch eine Laufzeit bis einschließlich Juni 2024 besitzt und über die Gesamtlaufzeit von zwei Jahren eine Steigerung der Stundenlöhne um +7,4% beinhaltet; hinzu kommen die Gewährung einer „Corona-Prämie“ sowie erhöhte Zulagen, z.B. für Nacht- und Wochenendarbeit. Hierdurch und infolge ausgeweiteter Verkehrsleistungen (insbesondere im Schienenersatzverkehr) hat sich der Personalaufwand im Berichtsjahr deutlich erhöht (VJ 3.266 T€).

Der Materialaufwand betrug im Berichtszeitraum insgesamt 1.522 T€. Damit liegt der Wert etwa auf dem Niveau des Vorjahres (1.518 T€), wobei jedoch zu berücksichtigen ist, dass im Berichtsjahr Aufwendungen für den Tankstellenbetrieb nur für einen begrenzten Zeitraum enthalten sind. Berücksichtigt man diesen Effekt, so hat sich der Materialaufwand für den reinen Verkehrsbetrieb um 294 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht. Maßgeblich hierfür sind die erheblich gestiegenen Aufwendungen für Traktionsenergie (Dieselkraftstoff; Ist 2022: -925 T€, Plan 2022: -495,0 T€).

Chancen – Risiken - Ausblick:

In enger Abstimmung mit dem Aufgabenträger wurde zum 01.12.2019 ein neues Angebots- und Fahrplankonzept umgesetzt. Ziele waren einerseits die Verbesserung des Verkehrsangebots auf (potentiell) nachfragestarken Linien zwischen zentralen Orten im Landkreis Greiz sowie im Zulauf auf die Stadt Gera als Oberzentrum, andererseits aber auch eine stärkere Ausrichtung des Fahrplans auf die Anschlüsse zum SPNV an wichtigen Knotenpunkten, um durchgehende Reiseketten im ÖPNV und damit auf nachfragestarken Achsen ein Mobilitätsangebot auch unabhängig vom eigenen Pkw anbieten zu können. In der Folge gelang es, die Fahrgastzahlen zu stabilisieren bzw. zu steigern. Das Angebotskonzept soll beibehalten und bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden; dies umfasst insbesondere die Koordinierung der verschiedenen Fahrtangebote verschiedener Betreiber im Abschnitt Gera – Ronneburg unter Integration des Gewerbegebiets Korbußen.

Mit der Einführung des sog. „Deutschland-Tickets“ ab Mai 2023 – als Monatskarte im Abonnement, welches die deutschlandweite Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ermöglicht – erfolgt ein politisch motivierter Strukturbruch im öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland, welcher erhebliche Auswirkungen auf die Verkehrsnachfrage bzw. das Verkehrsmittelwahlverhalten, auf Tarifsysteme und in der Folge auch auf Produktionskonzepte haben wird. Gleiches gilt für die Absicht des Freistaats Thüringen, einen thüringenweiten, integralen Taktfahrplan (ITF) im Sinne einer zeitlichen Verknüpfung der verschiedenen ÖPNV-Angebote implementieren zu wollen. Die Gesellschaft und die weiteren in der Verkehrsgemeinschaft des Landkreises Greiz zusammengefassten Unternehmen werden sich hierauf einstellen und ihre Angebotskonzepte und Vertriebsstrukturen entsprechend anpassen müssen.

Für Bedienräume mit einer dünn und dispers besiedelten Raumstruktur, welche in der Folge auch unter einer tendenziell schwachen Nachfrage leiden, sollen weitgehend bedarfsorientierte Bedienformen eingeführt werden. So wird im Jahr 2023 – nach den positiven Erfahrungen des bei der PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz im Dezember 2021 eingeführten Pilotprojekts im Raum Greiz/Elsterberg – die Wochenendbedienung in den eher ländlich geprägten Ortsteilen im Norden der Stadt Gera am Wochenende bzw. an Feiertagen auf einen Linienbedarfsverkehr (§ 44 PBefG) umgestellt, was einerseits der Nachfrage angemessen und andererseits aufgrund der strikten Nachfrageorientierung mit Vorteilen hinsichtlich der Kosten bei der Leistungserstellung verbunden ist.

Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Nachfrageeinbrüche infolge der COVID-19-Pandemie, welche den Geschäftsverlauf insbesondere in den Jahren 2020 und 2021 beeinflusst haben, im Jahr 2023 überwunden sein werden und sich anknüpfend an die Entwicklungen des Jahres 2022 eine weitere Erhöhung der Verkehrsnachfrage – bedingt durch das im Dezember 2019 eingeführte Angebotskonzept, verstärkten Zuzug infolge von Migrationsbewegungen und die Einführung des „Deutschland-Tickets“ – einstellen wird. Zudem kann infolge der umfangreichen Reduzierung des Fuhrparks als wirtschaftlich positive Folge der Angebotsumstellung der Umfang an vorzuhaltenden Anlagen am Betriebsstandort Gera neu bewertet werden.

Darüber hinaus geht die Gesellschaft hinsichtlich der Entwicklung der Aufwendungen davon aus, dass sich die Inflation zwar mittelfristig abschwächen wird, jedoch in der Gesamtheit nicht mit einem sinkenden Preisniveau zu rechnen ist. Hinzukommen – nach einer etwa zehnjährigen Niedrigzinsphase – steigende Finanzierungskosten, insbesondere mit Hinblick auf die Realisierung notwendiger Investitionen.

Der zum 01.12.2019 in Kraft getretene ÖDA bietet aufgrund der darin enthaltenen Bestimmungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrags die Grundlage, dass mittelfristig eine Anpassung der Ausgleichsbeträge an die tatsächliche Kosten- und Erlösentwicklung vorgenommen wird; den Ausgangspunkt hierfür stellt die im Jahr 2023 auf Grundlage der Gewinn- und Verlustrechnung des Berichtsjahres vorzunehmende Kostenuntersuchung dar. Damit ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gesellschaft auch mittel- bis langfristig gesichert.

Die Geschäftsentwicklung in den auf den Berichtszeitraum folgenden Jahren wird in erheblichem Maße von der Einführung des sog. „Deutschland-Tickets“ beeinflusst werden. Bei einem Preis von (derzeit) 49 Euro pro Monat liegt das Tarifniveau vielfach unter dem Preis von bisherigen Zeitkarten, eröffnet aber mit einer deutschlandweiten Nutzbarkeit des öffentlichen Nahverkehrs einen deutlich erweiterten Bewegungshorizont. Insbesondere Vielfahrer (Schüler, Auszubildende, Pendler), die bisher ggf. auch in mehreren Tarifgebieten unterwegs waren, profitieren von deutlichen Einsparungen. Es ist daher davon auszugehen, dass mittelfristig sämtliche bisherigen Zeitkartenkunden in den Tarif des „Deutschland-Tickets“ wechseln werden und auch neue Zeitkartenkunden gewonnen werden. Zudem werden sich aufgrund der unternehmensübergreifenden Nutzbarkeit des „Deutschland-Tickets“ neue Reiseketten herausbilden; vielfach können Fahrgäste bei einer kombinierten Nutzung von Zug und Bus von erheblichen Reisezeitvorteilen profitieren. Dies wird auf den Hauptachsen zwischen den zentralen Orten und in den Stadtverkehren die ÖPNV-Nachfrage absehbar begünstigen. Aufgrund der bereits in der Vergangenheit erfolgten Systematisierung des Angebots auf den Hauptlinien und einer weitgehenden Abstimmung zwischen den Zug- und Busfahrtzeiten kann die Gesellschaft von den Auswirkungen des „Deutschland-Tickets“ auf die Verkehrsnachfrage profitieren. Gleichwohl wird die Gesellschaft ihr Verkehrsangebot an die absehbaren Veränderungen des Verkehrsmittel- und Routenwahlverhaltens der Nutzer anpassen müssen; hierzu stimmt sich die Gesellschaft intensiv mit dem Landkreis Greiz als Aufgabenträger, mit benachbarten Aufgabenträgern, aber auch mit den im Einzugsbereich der Gesellschaft aktiven Eisenbahnverkehrsunternehmen und dem Freistaat Thüringen als Aufgabenträger für den SPNV hinsichtlich der Fortentwicklung des Verkehrsangebots ab. Insbesondere unter förderrechtlichen Aspekten wird die Integration weiterer dafür geeigneter Linien bzw. Verkehrsangebote in das ITF-Netz bzw. das Netz der „landesbedeutsamen Buslinien“ angestrebt.

Eine große Unsicherheit stellt die kurz- bis mittelfristige Preisentwicklung sowie die Verfügbarkeit (bzw. die Zeitdauer bis zur Verfügbarkeit) von Rohstoffen und Ersatzteilen dar. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sich die Inflation zwar verlangsamt, die Verbraucherpreise für Rohstoffe, Waren und Dienstleistungen aber insgesamt auf einem vergleichsweise hohen Niveau verharren. Damit werden sich auch die Kosten für die Leistungserstellung strukturell erhöhen, was sich u.a. in höheren Beförderungstarifen niederschlagen wird. Das „Deutschland-Ticket“ wirkt insbesondere im Segment der Zeitkarten der Erhöhung der Beförderungstarife entgegen, was zwar einerseits im Hinblick auf die Stabilisierung der Verkehrsnachfrage positiv wirkt, andererseits aber mittelfristig die Liquidität der Verkehrsunternehmen schwächt. Die infolge der Umsetzung des „Deutschland-Tickets“ zunehmende Digitalisierung des Vertriebs erfordert noch stärker als bisher eine Sensibilisierung hinsichtlich der Gewährleistung von Datenverfügbarkeit und -sicherheit; verbunden mit entsprechenden Maßnahmen und Aufwendungen zur Risikovermeidung.

Darüber hinaus sind noch erhebliche Unsicherheiten mit der Einführung und weiteren Entwicklung des „Deutschland-Tickets“ verbunden. Mögen die Effekte aus Fahrgastsicht in weiten Teilen noch positiv bewertet sein, so sehen sich die Verkehrsunternehmen – deutschlandweit – mit erheblichen Fragestellungen konfrontiert, die seitens der Politik bislang nur unzureichend beantwortet bzw. ausgestaltet sind:

- Absehbar ist, dass nach der – gegenwärtig bis Ende 2025 terminierten – Einführungsphase ein deutschlandweit gültiges Verfahren für eine „leistungsgerechte“ Aufteilung der aus dem Tarif „Deutschland-Ticket“ generierten Einnahmen vorgesehen ist. Nach herrschender Meinung kann dies nur auf Basis der Erhebung der Verkehrsleistungen erfolgen, z.B. über sog. „Check-In/CheckOut-Verfahren“. Hierfür sind erneut erhebliche Investitionen in die entsprechende Ertüchtigung der Vertriebs- und Hintergrundsysteme erforderlich; jedoch liegen dafür derzeit keine bundesweit normierten und verbindlich festgelegten, technischen Standards vor, sodass keine verlässliche Investitionsplanung – weder organisatorisch, noch technisch oder finanziell – vorgenommen werden kann. Vielmehr ist erneut davon auszugehen, dass wiederum sehr kurzfristig politisch motivierte Entscheidungen getroffen werden, die erhebliche, aber eben nicht planbare investive Aufwendungen seitens der Verkehrsunternehmen nach sich ziehen werden.
- Mit der Einführung des „Deutschland-Tickets“ gehen aufgrund der – verglichen mit anderen Tarifprodukten im Segment der Zeitkarten – sehr geringen Tarifhöhe (welche durch „Sondertarife“ für verschiedene Nutzergruppen noch weiter abgesenkt werden soll) erhebliche Einnahmeverluste auf Seiten der Verkehrsunternehmen einher, für die mittelfristig keine auskömmliche Kompensation vorgesehen ist. Während für das Jahr 2023 noch ein vollständiger Verlustausgleich vorgesehen ist, wird dieser nach gegenwärtigem Stand für die Jahre 2024 und 2025 auf deutschlandweit insgesamt 3,0 Mrd. Euro gedeckelt – und dies, obwohl Schätzungen des Verbands deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) von einem Fehlbetrag infolge der Einführung des „Deutschland-Tickets“ in Höhe von etwa 4,5 Mrd. Euro ausgehen. Es ist aus Sicht der Gesellschaft eine grundlegende Fehlentwicklung, dass die öffentliche Hand nicht bereit ist, für eine verlässliche und auskömmliche Kompensation der finanziellen Folgen ihrer politisch motivierten Interventionen im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs aufzukommen. Dadurch wird der öffentliche Nahverkehr in seinem Bestand und/oder seiner Qualität erheblich gefährdet.
- Die auf Dauer angelegte Umsetzung des „Deutschland-Tickets“ führt zu einem grundlegenden Systemwechsel im öffentlichen Nahverkehr. Durch die faktische Deckelung der Beförderungstarife auf (gegenwärtig) 49 Euro pro Monat reduzieren sich die eigenwirtschaftlichen Deckungsbeiträge der Verkehrsunternehmen immer weiter, während die Finanzierungsanteile der öffentlichen Hand immer weiter zunehmen. Die Unternehmensentwicklung und -finanzierung wird folglich immer stärker vom politischen Gestaltungs- bzw. Entscheidungswillen abhängig, während die unternehmerische, am tatsächlichen Marktgeschehen ausgerichtete Verantwortung in den Hintergrund tritt.

Die Preisentwicklung hat zwischenzeitlich auch spürbare Auswirkungen auf die Ersatzinvestitionen im Fahrzeugbereich, die sich ebenfalls sprunghaft verteuern; hinzu kommen infolge der durch die Europäische Zentralbank zur Bekämpfung der Inflation getroffenen Anhebungen des Leitzinses gestiegene Finanzierungskosten bei Investitionen. Dem gegenüber steht jedoch eine hinsichtlich der Beschaffung konventionell angetriebener Fahrzeuge immer restriktivere Förderpolitik des Freistaats Thüringen. Zwar ist es gelungen, die Anzahl der notwendigen Ersatzbeschaffungen auf 2-3 Busse pro Jahr zu reduzieren; gleichwohl stellen die sich verschlechternden Randbedingungen (erheblich gestiegene Beschaffungskosten,

steigende Finanzierungskosten bei Fremdkapitalfinanzierungen, verringertes Fördermittelvolumen) die Gesellschaft vor entsprechende Herausforderungen hinsichtlich der Finanzierung. Insbesondere bei einem weiter sinkenden Fördermittelbudget des Freistaats Thüringen können die notwendigen Ersatzinvestitionen selbst in dem bereits reduzierten Umfang nicht mehr durchgeführt werden.

Die Gesellschaft ist mittel- und langfristig immer intensiver mit den Auswirkungen der politisch geführten Diskussionen um einen „nachhaltig gestalteten“ gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel konfrontiert. Hieraus können sowohl Chancen als auch Risiken für das Geschäftsmodell der Gesellschaft entstehen, was jedoch maßgeblich davon abhängt, wie der „Nachhaltigkeitsbegriff“ politisch ausgestaltet wird. Die Erreichung der klima- und hinsichtlich der Gewährleistung von Mobilität und Teilhabe auch sozialpolitischen Zielstellungen kann jedoch nur ermöglicht und dauerhaft gesichert werden, wenn die Ausweitung des Leistungsangebots sowie die zunehmenden politischen Interventionen in die Tarifhoheit der Verkehrsunternehmen insbesondere durch den Bund bzw. die Länder auch durch die Bereitstellung der dafür erforderlichen finanziellen Mittel ausfinanziert werden. Die bisherigen Finanzierungskonzepte und -ansätze sind entsprechend neu auszurichten.

Für das Jahr 2023 geht die Gesellschaft unter Berücksichtigung der zum Zeitpunkt der Berichtsaufstellung aktuellen Entwicklungen von einem noch leicht negativen Ergebnis, ab dem Jahr 2024 aufgrund des Mechanismus‘ des ÖDA zur Inflationsanpassung wieder von einem ausgeglichenen Ergebnis aus.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FIDAIX GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

Ausgewählte Kennziffern der RVG ¹:

Bilanz	2020 T€	2021 T€	2022	Änderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	2.309	2.532	2.544	+12
Umlaufvermögen	1.278	1.491	1.130	-361
Eigenkapital	685	492	114	-378
Rückstellungen	295	228	242	+14
Verbindlichkeiten	2.439	3.331	3.341	+10
Bilanzsumme	3.616	4.050	3.697	-353
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	5.177	5.758	5.516	-242
Personalaufwand	2.753	3.266	3.703	+437
Materialaufwand	1.383	1.518	1.522	+3
Abschreibungen	454	465	437	-28
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30	33	31	-2
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	148	-192	-378	-186
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%)	19	12	3	-9
Beschäftigte Ø	65	71	71	0
Fahrplankilometer LK Greiz (Tkm) ²	1.641	1.737	1.757	+21
Tariferlöse je FPK (€) ²	0,78	0,48	0,65	+0,17
Materialaufwand je FPK (€) ²	0,37	0,45	0,61	+0,16
Personalaufwand je FPK (€) ²	1,58	1,79	2,03	+0,24

¹ Rundungsdifferenzen möglich¹ Rundungsdifferenzen möglich² Betrifft nur öffentlichen Linienverkehr im Landkreis Greiz

3.2.3 GRZ Service und Verwaltungsgesellschaft GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

GRZ Service- und
Verwaltungsgesellschaft mbH
Geraer Straße 7
07973 Greiz

Telefon: 03661-70650
Telefax: 03661-706526
E-Mail: grz-svg@prg-greiz.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde 28. Januar 2003 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 209759) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 08.04.2015 (mit notarieller Beurkundung Nr. 444/2015 des Notariats Schwarzer).

Zeichen der Genehmigung: 240.1-1515-1/15 GRZ.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2022):

Dr. Stefan Meißner	Geschäftsführer
Angela Rose	Einzelprokura

Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2022):

Vorsitzende	Frau Martina Schweinsburg	Landrätin
Stellv. Vorsitzender	Herr Kai Dittmann	Kreistagsmitglied
	Herr Dr. Bernd Grünler	Sachverständiger
	Herr Dirk Bergner	Kreistagsmitglied
	Herr Bodo Scheffel	Sachverständiger
	Herr Torsten Braun	Kreistagsmitglied

Die Vergütung des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2022 betrug 0,00 € (Vj.: 0,00 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2022 beträgt 26.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist zum einen die Verwaltung und Betriebsführung von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung. Hierzu gehört insbesondere die vollständige Übernahme folgender unternehmerischer Aufgaben:

- die Planung und Verwaltung der Finanzen und des Personals
- die Erarbeitung der Wirtschaftsplanungen
- die Durchführung betriebswirtschaftlicher Analysen
- verkehrsplanerische und –technologische Planungen
- die Investitionsplanung usw.

Im April 2015 wurde der Unternehmensgegenstand der Gesellschaft um die Aufgabe der Beschaffung, Ausstattung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Wohnraum zur Unterbringung von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen in Gemeinschafts- und Einzelunterkünften (Daseinsvorsorge) erweitert. Aufgrund des Umfangs dieses Aufgabengebietes wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 23.08.2016 der Geschäftsbereich der Daseinsvorsorge rückwirkend zum 01.01.2016 in die „Daseinsvorsorge Greiz GmbH“ abgespalten. Vom Unternehmen wurden alle notwendigen Voraussetzungen zur Abspaltung im buchhalterischen und abrechnungstechnischen Bereich bis zur Realisierung getroffen. Die Abspaltung konnte buchhalterisch erst zum 01.12.2016 komplett umgesetzt werden.

Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört die Vornahme aller Geschäfte und Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar zu dienen geeignet sind. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft erfüllt die Aufgabe der Verwaltung von kreiseigenen Gesellschaften, die sämtlich zur Erfüllung öffentlicher Zwecke erforderlich sind. Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und dem genehmigten Gesellschaftsvertrag. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Gesellschaftszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Gesellschaft wird als juristisch selbständige Person in GmbH-Form geführt. Die Gesellschaft erbringt für alle ÖPNV-Unternehmen im verkehrstechnologischen und kaufmännischen Bereich Dienstleistungen. Ziel ist die Vereinheitlichung wesentlicher Verwaltungsaufgaben der ÖPNV-Unternehmen des Landkreises Greiz. Gegenstand der Gesellschaft ist auch die Verwaltung und Betriebsführung von Unternehmen mit kommunaler Beteiligung im Landkreis Greiz.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft erfüllt unter Beachtung ökonomischer und ökologischer Aspekte für die kreiseigenen Verkehrsunternehmen die Hauptaufgabe bei der Vorbereitung und Realisierung der Verkehrsleistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) und den maßgebenden EU-Rechtsnormen, hier insbesondere der VO (EG) 1370/2007, zuletzt ergänzt durch die VO(EU) 2016/2338.

Für die Dienstleistungen, welche die SVG für die Vertragspartner PRG, RVG und UMWELT erbringt, ist der sichere Umgang mit sensiblen Daten von Bedeutung. Der Schutz von Daten vor Verlust, Verfälschung, Beschädigung oder Löschung und die Sicherstellung der Daten spielt im täglichen Arbeitsprozess eine große Rolle. Regelmäßiges Erstellen von Backups sowie Zugangskontrollen und Verlaufskontrollen im internen Betriebsverlauf sind durch die interne IT-Abteilung ständig auf Viren, Ransomware sowie weitere Internetgefahren und Cyberkriminalität zu prüfen und notwendige Schutzmaßnahmen zur Verhinderung dieser zu ergreifen sowie alle Hintergrundsysteme auf aktuellem Stand zu halten.

Zu den Hauptaufgaben im technologischen Bereich gehört die Erstellung des Fahrplanes mit den dazugehörigen Dienst- und Wagenläufen. Der kaufmännische Bereich deckt vor allem die Erarbeitung der Wirtschaftspläne, die Durchführung von Finanz- und Lohnbuchhaltung als auch die Versicherungs- und Investitionstätigkeiten ab. Die Leistungen wurden in vollem Umfang für die kreiseigenen Verkehrsunternehmen PRG Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz und RVG Regionalverkehr Gera/Land GmbH realisiert. Zu den Dienstleistungen gehören auch die Planung und Durchführung der Linien- und Schulverkehrsleistung. Hinzu kommen Leistungen im Bereich der Buchhaltung und Lohnbuchhaltung für die kreiseigene „Umwelt“ Entsorgungs- und Straßenservice GmbH.

Die Gesellschaft arbeitet nach einem Qualitätsmanagementsystem, einschließlich eines eingerichteten Umweltmanagementsystems. Sowohl das Qualitäts- als auch das Umweltmanagement sowie interne Prozesse werden regelmäßig einer Überprüfung unterzogen und bei entsprechendem Bedarf angepasst.

Der vom Aufsichtsrat der Gesellschaft in dessen Sitzung vom 21.10.2021 beschlossene Wirtschaftsplan für den Berichtszeitraum 2022 sah ein geplantes Jahresergebnis von 5 T€ vor. Die Gesellschaft schließt das Wirtschaftsjahr 2022 mit einem positiven Jahresergebnis von 5 T€ (Vj. 8 T€) ab. Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 120 T€ (Vj. 115 T€).

Vor dem Hintergrund der positiven Jahresergebnisse der Gesellschaft als auch der stabilen Finanzlage werden derzeit keine unmittelbaren Risiken, welche in der Gesellschaft wurzeln, für deren Fortbestand gesehen. Die Erbringung der oben genannten Dienstleistungen für die beiden kommunalen Verkehrsunternehmen PRG und RVG als auch die Gesellschaft „Umwelt GmbH“ kann auch zukünftig vollumfänglich geleistet werden. Aufgrund dessen, dass die Gesellschaft über 90 % ihrer Leistungen für die beiden o.g. Verkehrsunternehmen erbringt, ist der Fortbestand der Gesellschaft wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung der PRG bzw. RVG abhängig. Beide Verkehrsunternehmen waren im Berichtsjahr nach wie vor erheblich von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie betroffen, andererseits litt die gesamte Branche unter den Auswirkungen der Material- und Rohstoffknappheit sowie des deutlichen Anstiegs der Kosten für Energie und der Inflation. Weiterhin waren die Verkehrsunternehmen erheblich von den Konsequenzen des politisch motivierten Eingriffs in die Tarifautonomie im Zusammenhang mit dem sog. „9-Euro-Ticket“ betroffen.

Die Erbringung von Dienstleistungen für die Verkehrsunternehmen PRG und RVG konnte vollumfänglich gewährleistet werden.

Die Vermögenslage:

Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 120 T€ (Vj. 115 T€). Bei einer Bilanzsumme von 254 T€ (Vj. 248 T€) beträgt die Eigenkapitalquote 47,2 % (Vj. 46,6 %). Da die Gewinnrücklagen durch die anteilige Einzahlung aus dem Jahresergebnis 2018 den Wert des Stammkapitals der Gesellschaft erreicht hatte, wird der komplette Jahresgewinn auf neue Rechnung vorgetragen. Die Gewinnrücklage darf ausschließlich zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrages, eines Verlustvortrages oder eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln verwendet werden.

Der überwiegende Teil des Vermögens der Gesellschaft ist in Umlaufvermögen in Höhe von 234 T€ (Vj. 223 T€) gebunden. Der Netto-Buchwert des Anlagenvermögens beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 17 T€ (Vj. 25 T€).

Die Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil. Sämtliche gegen die Gesellschaft gerichtete Zahlungsaufforderungen wurden innerhalb des jeweiligen Zahlungszieles beglichen. Forderungsausfälle bei den Auftraggebern sind nicht zu verzeichnen und auch nicht zu erwarten. Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderung, Verbindlichkeit und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Verbindlichkeiten in der Gesellschaft belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 103 T€ (Vj. 103 T€). Hierin sind u.a. enthalten die Verbindlichkeiten aus Lohn- und Gehaltsforderungen der Beschäftigten für den Monat Dezember 2022, die regulär erst im Januar 2023 zur Auszahlung gelangen und welche aufgrund des Personalzuwachses sowie der Tarifierhöhung höher ausfallen als im Vorjahr. Des Weiteren sind hierin Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung mit Leistungsmonat Dezember 2022 enthalten, deren Fälligkeit aber erst nach dem Bilanzstichtag eingetreten ist. Über Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten verfügte die Gesellschaft nicht.

Die Ertragslage:

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 5 T€ abgeschlossen.

Die Umsatzerlöse betragen 850 T€ (Vj. 648 T€) und lagen damit deutlich über dem Vorjahresniveau. Diese Mehreinnahmen resultieren im Wesentlichen aus einem erweiterten Aufgabenspektrum, welches die Gesellschaft für die beiden betreuten Verkehrsunternehmen abdeckt, sowie einer inflationsbedingt notwendigen Anpassung der Vergütungssätze für die getätigten Managementleistungen. Die sonstigen Erträge betragen in 2022 insgesamt 34 T€.

Die Aufwendungen für Personal bzw. die soziale Sicherung/Altersvorsorge betragen im Berichtszeitraum 773 T€ (Vj. 580 T€). Die Steigerung ist einerseits auf die im Verlauf des Jahres 2021 vorgenommenen Anpassungen des Personalbestands, die Einrichtung eines Fahrschulbetriebs, die Prüfung und Instandhaltung/-setzung ortsfester Anlagen sowie andererseits auf eine in Anlehnung an den Tarifabschluss 2022 bei den Verkehrsunternehmen PRG und RVG erfolgte Anpassung der Entlohnung für die Beschäftigten zurückzuführen.

Gegenwärtig noch nicht abschätzen lässt sich ein eventuell erforderlicher Personalbedarf für den erheblich gestiegenen Aufwand im Zusammenhang mit dem „Deutschlandticket“, für welches die Gesellschaft für alle Verkehrsunternehmen im Landkreis Greiz den Vertrieb und die Abrechnung übernimmt.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betragen 11 T€ (Vj. 12 T€) und resultieren im Wesentlichen aus der Vorhaltung von Soft- und Hardwarekomponenten sowie Büroausstattung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Jahr 2022 bei 94 T€ (Vj. 59 T€). Der Anstieg ist begründet in der Anmietung von Bussen für den Fahrschulbetrieb und in den inflationsbedingten Preissteigerungen. Die Beschäftigtenzahl der Servicegesellschaft liegt bei 15 (Vj. 12). Aushilfskräfte wurden 3 beschäftigt.

Chancen – Risiken - Ausblick:

Die Tätigkeit der Gesellschaft konzentriert sich mit den beiden kommunalen Verkehrsunternehmen PRG und RVG auf zwei Hauptkunden. Im Wesentlichen ist die künftige Entwicklung der Gesellschaft daher vom Fortbestand und den Anforderungen dieser Unternehmen abhängig, für welche basierend auf entsprechenden Managementverträgen Leistungen in den Bereichen Verwaltung, Buchhaltung, Investitionsplanung, EDV, Versicherungswesen und Verkehrsplanung/-Technologie erbracht werden.

Im Berichtsjahr wurde der Fahrschulbetrieb, mit dessen Einrichtung bereits 2021 begonnen wurde, vollständig aufgebaut. Für alle Fahrschul- und Schulungsmaßnahmen musste bislang auf Fremdfirmen zurückgegriffen werden, deren Kosten deutlich über jenen Aufwendungen lagen, welche für die Einrichtung und den Betrieb der firmeninternen Fahrschule notwendig sind. Die Möglichkeit, insbesondere für sog. „Quereinsteiger“ die Fahrschulausbildung und Berufskraftfahrerqualifikation unabhängig von Dritten durchführen zu können, ist ein wesentlicher positiver Faktor im Hinblick auf die Gewinnung des notwendigen Fahrpersonals. Darüber hinaus war die Tätigkeit der Gesellschaft – neben den üblichen Geschäftsvorfällen – im Berichtsjahr 2022 in Wesentlichen geprägt:

- die buchhalterische und insbesondere technische Begleitung der Inbetriebnahme der komplett erneuerten Vertriebs- und Betriebsleittechnik bei beiden Verkehrsunternehmen
- die Vorbereitung zur Umstellung des kompletten Buchhaltungssystems auf eine digitale Buchführung
- die Umsetzung des sog. „9-Euro-Tickets“ (Beantragung, Abrechnung der Zuwendung, beihilferechtliche Prüfungen und Nachweisführung)
- Betreuung der Verkehrsunternehmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie

Weitere größere Projekte sind – nach der erfolgreichen Einführung des Rufbus-Systems im „Vogtländischen Oberland“ im Netz der PRG – die konzeptionelle Vorbereitung für weitere Einsätze vollständig flexibler Betriebsformen im öffentlichen Nahverkehr sowie die Neugestaltung eines kundenfreundlichen Fahrplanlayouts, welches beginnend ab dem Fahrplanwechsel 2023 zum Einsatz kommen soll. Regional übergreifende Projekte betreffen die Vorbereitung der geplanten Angebotskooperation mit der RVW Regionalverkehr Westsachsen GmbH auf der Achse Greiz – Werdau bzw. mit der THÜSAC GmbH auf der Verbindung Gera – Korbußen – Ronneburg – Schmölln.

Vor dem Hintergrund angestrebter Kostenoptimierungen bei der Leistungserstellung im ÖPNV sollten Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen untersucht und bei nachgewiesener Praktikabilität und Wirtschaftlichkeit umgesetzt werden. Dies betrifft beispielsweise die Reduzierung von Fahrzeugvorhaltekosten, Instandhaltungsaufwendungen oder Aufwendungen für die Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen.

Eine intensive Zusammenarbeit betrifft auch die Neuregelungen bzw. der Vergabe von Liefer- und Leistungsaufträgen durch öffentliche Auftraggeber, denen sich die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Umwelt GmbH stellen wird. Darüber hinaus kann das Leistungsspektrum der Gesellschaft auch gegenüber anderen Unternehmen im Landkreis Greiz angeboten werden. Insbesondere hinsichtlich der gesetzlich vorgeschriebenen Schulungen nach BKrFQG im LKW- bzw. Busbereich besteht Interesse von Dritten.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Lageberichts waren die PRG und die RVG als die beiden Hauptauftraggeber der GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greiz von den Auswirkungen behördlich angeordneter Beschränkungen infolge der Corona-Pandemie betroffen, die zu Einnahmeausfällen in vielen Geschäftsfeldern geführt haben. Durch eine strategische Neuausrichtung (Verringerung des Engagements im Gelegenheitsverkehr zugunsten einer stärkeren Betätigung für vertraglich gebundene Leistungen im Schienenersatzverkehr) konnten die finanziellen Ausfälle in den Segmenten des Nichtlinienverkehrs aufgefangen werden.

Für Einnahmeverluste im Bereich des Linienverkehrs können die Verkehrsunternehmen erneut – wenn auch wiederum nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung infolge der Antragsbearbeitung bei den zuständigen Behörden – Ausgleichszahlungen aus dem „ÖPNV-Rettungsschirm“ erhalten. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts hat sich die Pandemielage beruhigt. Seit Aufhebung der beschränkten Maßnahmen hat sich die Ertragslage wieder deutlich verbessert und die Erlöse aus dem Vergleichszeitraum 2019 übertroffen. Weiterhin waren die RVG und PRG von der Steigerung von Kosten der Traktionsenergie infolge des Russisch-Ukrainischen Krieges betroffen.

Die Einführung des „Deutschlandtickets“, wodurch der Preis für Monatskarten politisch motiviert de facto auf (derzeit) 49 Euro gedeckelt wurde, führt zu erheblichen Verwerfungen in den Tarifsystemen und damit auch in deren Einnahmen. Zwar haben die Verkehrsunternehmen einen Anspruch auf Ausgleich der Einnahmeausfälle (wobei ein vollständiger Ausgleich gegenwärtig nur für das Jahr 2023 garantiert ist), doch erfolgt dieser wiederum nur erheblich zeitverzögert, so dass viele Verkehrsunternehmen erneut über längere Zeit erhebliche Liquiditätsausfälle überbrücken müssen. Darüber hinaus führt das Ticket aufgrund seiner deutschlandweiten Gültigkeit und der damit verbundenen Notwendigkeit einer Einnahmeaufteilung zu einem erheblichen, zusätzlichen Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft FIDAIX GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

Ausgewählte Kennziffern GRZ Service und Verwaltungsgesellschaft mbH ¹:

Bilanz	2020	2021	2022	Änderung
	T€	T€	T€	zum Vorjahr
Anlagevermögen	25	25	17	- 8
Umlaufvermögen	178	222	234	12
bilanziertes Eigenkapital	108	116	120	4
Verbindlichkeiten	45	103	103	0
Bilanzsumme	203	248	254	6
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	584	648	850	202
Personalaufwand	505	580	773	193
Abschreibungen	10	12	11	- 1
sonstige betriebliche Aufwendungen	52	59	94	35
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	11	8	5	- 3
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ²	53	47	47	0
Beschäftigte Ø	12	13	16	3

¹ Rundungsdifferenzen möglich² Eigenkapital/Gesamtkapital

3.3 Sonstige Unternehmen

3.3.1 „Umwelt“ Entsorgungs- und Straßenservice GmbH

Sitz und Anschrift des Unternehmens

„Umwelt“ Entsorgungs- und
Straßenservice GmbH
Mehlaer Hauptstraße 24 a
07950 Zeulenroda-Triebes

Telefon: 036622-5680
Telefax: 036622-56820
E-Mail: info@entsorgung-mehla.de

Rechtliche Grundlagen

Die Gesellschaft wurde 03. Juli 1990 gegründet und ist beim Amtsgericht Jena (HRB 200743) eingetragen. Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 21. Dezember 2010 (mit notarieller Beurkundung Nr. 719/2010 des Notariats Peter Orth).

Zeichen der Genehmigung: 240.4-1515-001/10-GRZ

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung (Stand 31.12.2022):

Jochen Eidner	Geschäftsführer
Solveig Schönknecht	Einzelprokura

Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt. Von der Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen.

Aufsichtsrat (Stand: 31.12.2022):

Vorsitzende	Frau Martina Schweinsburg	Landrat
Stellv. Vorsitzender	Herr Gerhard Helmert	Kreistagsmitglied
weitere Mitglieder	Herr Wolfram Köber	Kreistagsmitglied
	Herr Uhland Seifert	Sachverständiger
	Herr Dirk Bergner	Kreistagsmitglied
	Herr Torsten Braun	Kreistagsmitglied

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2022 Bezüge in Höhe von 600 € erhalten (Vj. 1.100 €).

Gesellschafterversammlung

Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Greiz. Das Stammkapital der Gesellschaft zum 31.12.2022 beträgt 310.000,00 Euro. Der Landkreis als Gesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung vom Landrat vertreten. Der Landrat handelt im Auftrag des Kreistages.

Beteiligungsverhältnisse an Unternehmen

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises

Art der Entnahme: keine

Art des Zuschusses: keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Gegenstand des Unternehmens ist die Entsorgung von Haus- und Gewerbemüll, Straßenreinigung, Kanal- und Gullyreinigung, Fäkalschlamm Entsorgung sowie Transportleistungen verschiedener Art und die mit dem Bau und der Unterhaltung von Straßen zusammenhängenden Aufgaben für den Landkreis Greiz als auch für Auftraggeber außerhalb des Territoriums.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes des Unternehmens dienen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen oder sich an ihnen beteiligen, wenn ein wirtschaftlicher und organisatorischer Zusammenhang zur Erzielung des Gesellschaftszwecks besteht oder herbeigeführt werden soll.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemäß § 87 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) gehört die Abfallentsorgung zu den Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches eines Landkreises. Diese Aufgabe wurde dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen übertragen. Die „Umwelt“ Entsorgungs- und Straßenservice GmbH nimmt die Abfallentsorgung im Landkreis Greiz wahr auf der Grundlage von mittel- und langfristigen Verträgen mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen.

Das Unternehmen wurde mit Beschluss des Kreistages Greiz Nr. 121/2010 vom 30. November 2010 gemäß § 66 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung fiskalisiert. Der Beschluss wurde aufsichtsbehördlich genehmigt.

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen besteht als juristisch selbständige Person in GmbH – Form. Zum Gegenstand des Unternehmens gehört die Entsorgung von Haus- und Gewerbemüll, Straßenreinigung, Kanal- und Gullyreinigung, Fäkalschlamm Entsorgung, Transportleistungen verschiedener Art sowie die mit dem Bau und der Unterhaltung von Straßen zusammenhängenden Aufgaben. Das Unternehmen unterhält eine Außenstelle in Zeulenroda.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die Marktsituation kann für das Geschäftsjahr als sehr unbeständig bezeichnet werden. Wobei die Vertragslage als stabil bezeichnet werden kann. Der Entsorgungsvertrag mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen begann am 01.01.2016 mit einer Laufzeit von 10 Jahren. Die Verträge als Subunternehmer der GUD für das Einsammeln von Leichtverpackungen und Glas wurden bis zum 31.12.2024 unterzeichnet.

Der Vertrag der Fäkalschlamm Entsorgung im Zweckverband TAWEG wurde für vier Jahre, 2022 bis 2025, abgeschlossen. Weiterhin konnte sich das Unternehmen die Entsorgung der Kläranlagen im Verbandsgebiet des Zweckverbandes Wasser/Abwasser „Obere Saale“ für fünf Jahre von 2022 bis 2026 sichern.

Die Auftragslage ist in allen Bereichen stabil geblieben. Die Gesellschaft verfügt über einen solventen Kundenstamm und konnte ihrem Entsorgungsauftrag gerecht werden. Die das Geschäftsjahr begleitende Krise im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine hatte enormen Einfluss auf die Rahmenbedingungen. Der hohe Anteil von Logistikleistungen und den damit verbundenen Kraftstoff- und Energiekosten sowie die hohe Inflation haben das Unternehmen vor Herausforderungen gestellt, die völlig veränderte Bedingungen geschaffen haben.

Das Geschäftsjahr 2022 wurde mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen. Die Gesamtumsatzerlöse des Geschäftsjahres stiegen leicht auf 6.120 T€. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 189 T€ gestiegen und liegt bei 2.842 T€. Durchschnittlich wurden im Geschäftsjahr 68 Personen beschäftigt.

Im Wirtschaftsjahr wurden Investitionen in diverse Fahrzeuge, technische Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einem Wertumfang 369 T€ getätigt.

Haus-, Bio- und Sperrmüllentsorgung, Wertstoffeffassung

Der Umsatz aus Biomüllentsorgung ist im Geschäftsjahr leicht zurückgegangen. Die Umsätze in der Haus- und Sperrmüllentsorgung liegen im Berichtsjahr über dem Niveau des Vorjahres. Die Wertstoffpreise unterliegen starken Schwankungen und haben im Geschäftsjahr für einen Rückgang der Umsätze bei der Verwertung von Pappe und Schrott gesorgt. Eine Kompensation konnte nur durch Preisanpassungen der Dienstleistungen realisiert werden.

Der Sperrmüll aus der Sperrmüllsammlung hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verringert. Dieser Müll wurde zum überwiegenden Teil vom Unternehmen selbst sortiert und einer getrennten Verwertung zugeführt. Bei der Entsorgung der Haushalte sowie kleinerer Gewerbebetriebe ist ein relativ stabiler Anfall von Abfallmengen zu verzeichnen.

Die Glasentsorgung erfolgte im Bringsystem bedarfsgerecht und ohne Probleme. Der Vertrag für die Entsorgung von Glas und Gelber Tonne, welche das Unternehmen für ca. 32.500 Einwohner als Subunternehmen ausführt, wurde auch 2022 fortgeführt.

Fäkalschlamm Entsorgung

Die Fäkalschlamm Entsorgung in den Gebieten der Zweckverbände TAWEG Greiz, WAZ Zeulenroda und ZWOS sind durch Anschlüsse an das Kanalsystem rückläufig und folgen dem allgemeinen Trend. Die vertraglich geregelten Mengen konnten im Berichtsjahr entsorgt werden. Im Zweckverband TAWEG wurde für vier Jahre von 2022 bis 2025 ein weiterer Vertrag unterzeichnet. Auch im Zweckverband Obere Saale (ZWOS) konnte sich das Unternehmen einen Vertrag über weitere fünf Jahre sichern.

Containerdienst / Allgemeine Transporte

Dieses Geschäftsfeld ist großen Auftragsschwankungen unterworfen, auch infolge der hohen Inflation. Es ist im Geschäftsjahr weitestgehend gelungen, durch konsequente Transportoptimierung, optimierten Personaleinsatz und Preisanpassungen die erschwerten Bedingungen abzufangen und den Umsatz zu halten.

Müllumladestation / Reststoffdeponie

Der auf der Müllumladestation umgeschlagene und zur Müllverbrennung transportierte Abfall bewegt sich auf Vorjahresniveau bei ca. 15.000 t. Während Hausmüll relativ konstant anfällt, ist bei Gewerbemüll mit großen Schwankungen zu rechnen. Das Unternehmen konnte sich für weitere vier Jahre beginnend ab Juni 2021 den Transport des Restmülls aus der Müllumladestation zur Verbrennung sichern. Eine Herausforderung bildet dabei die Umladestation Wiewärthe (Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla Pößneck), die eine kontinuierliche Auslastung von Transportkapazitäten kaum möglich macht.

Auf der Inert- und Reststoffdeponie wurden ca. 32.500 t Abfall eingebaut. Das entspricht dem Einbauvolumen von 2021, dennoch sind es 17 % mehr als die jährlich durchschnittliche Einbaumenge. Auf die Mengen hat das Unternehmen selbst keinen Einfluss.

Die Sickerwasseraufbereitungsanlage wurde sachgerecht bedient und alle Fremdkontrollen durch die Behörden sind ohne Beanstandungen erfolgt. Die im Jahr 2019 auf ein anderes System umgestellte Wasseraufbereitung funktioniert auch 2022 einwandfrei.

Wertstoffe / Recyclingcenter

Die Wertstoffhöfe verzeichnen eine sehr hohe Kundenfrequenz. Es ist bei einigen Abfallarten eine Stagnation der angelieferten Menge zu verzeichnen. Besonders die Einführung einer Grünschnittkarte und die kostenlose Grünschnittannahme in den Monaten März und November hat sich bewährt. Die Menge Grün- und Astschnitt lag im Vergleichszeitraum bei ca. 800 t unter dem Vorjahresniveau. Die auf den Wertstoffhöfen angenommenen Abfälle werden auf dem Recyclingcenter aufbereitet und zum großen Teil der Wiederverwertung zugeführt.

Im Berichtsjahr wurde die Elektroschrottsammlung weiterhin kundenfreundlich gestaltet, auf allen Wertstoffhöfen wurde der Elektronikschrott kostenfrei angenommen bzw. nach Anmeldung an den jeweiligen Stellen abgeholt und dem Verwerter zugeführt. Wobei sich die Standards der Lagerung und des Transports, nach Änderung des Elektroggesetzes wesentlich erhöht haben, was einen nicht unerheblichen manuellen Aufwand darstellt.

Der neue Wertstoffhof wurde im Objekt Industriestraße 13 geplant. Die Umbauarbeiten dauerten von Februar bis Juni 2022, so dass der Wertstoffhof am 04.07.2022 eröffnet werden konnte. Die Kunden haben diesen gut angenommen.

Die Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.22 beträgt 4.764 T€ und ist damit um 35 T€ niedriger als im Vorjahr. Das Anlagevermögen ist mit 146 % vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Die Forderungen aus Lieferung und Leistungen betragen im Berichtsjahr 470 T€. Die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen liegen bei 181 T€. Das Eigenkapital hat sich infolge des Jahresüberschusses erhöht.

Die Finanzlage:

Die finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft sind geordnet, die Zahlungsfähigkeit war zu jeder Zeit gewährleistet. Für die folgenden Jahre liegt ein Finanzplan vor, der auch die Tilgung der vorhandenen Finanzierungen enthält. Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital beträgt 79 % (Vorjahr: 76 %).

Die satzungsmäßige Rücklage beträgt 310 T€. Diese Rücklagen sind für die Finanzierung von größeren Instandsetzungen bzw. außergewöhnlichen Investitionen vorgesehen.

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Skantomöglichkeiten zu nutzen.

Die Ertragslage:

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 175 T€ ab. Nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag verbleibt ein Bilanzgewinn in Höhe von 2.888 T€. Die Umsatzerlöse liegen mit 6.120 T€ über denen des Vorjahres (6.057 T€). In den sonstigen betrieblichen Erträgen (244 T€) sind Erlöse aus dem Abgang von Anlagevermögen (168 T€) enthalten, insbesondere aus der Veräußerung der Immobilie Lohweg.

Der Materialaufwand ist auf 477 T€ gefallen, das entspricht einem Rückgang von 26 %. Das Unternehmen konnte fast vollständig auf den Einsatz von Leiharbeitskräften verzichten und hat weniger Fremdleistungen für die Entsorgung aufbringen müssen.

Der Personalaufwand ist durch Tarifierpassungen, Neueinstellungen und der Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie gegenüber dem Vorjahr um 189 T€ gestiegen. Zum 31.12.2022 beschäftigte das Unternehmen im Durchschnitt 69 Mitarbeiter. Die Gesellschaft hat präventiv auf die Einstellung von neuen Mitarbeitern gesetzt, die das altersbedingte Ausscheiden von 3-4 Arbeitskräften im Jahr 2023 kompensieren sollen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 22 % auf 2.188 T€ gestiegen, hauptsächlich bedingt durch die Verteuerung der Treibstoffkosten (+ 243 T€). Des Weiteren sind die Heizungskosten sowie die Instandhaltungs- und Wartungskosten gestiegen.

Chancen – Risiken - Ausblick:

Es sind keine wesentlichen Änderungen in der Geschäftspolitik geplant. Der Umsatz muss sich im kommenden Geschäftsjahr, basierend auf den Auswirkungen der Energiekrise, der Inflationsentwicklung und anderer umwelt- und wirtschaftspolitischer Entscheidungen eher leicht erhöhen. Eine Kompensation durch andere Effekte ist nahezu auszuschließen, zumal keine sichere Prognose zu Abfallaufkommen aus der Wirtschaft abgegeben werden kann. Aus Sicht der Unternehmensleitung ist das bestehende Portfolio so zu optimieren, dass die eigenen Ressourcen effizienter genutzt werden. Eine große Herausforderung wird weiterhin die Personalfrage aufgrund des Fachkräftemangels.

Für das Jahr 2023 hat das Unternehmen eine stabile Auftragslage, die vertraglich gebunden ist.

Im Rahmen des Risikomanagements richtet die Gesellschaft primär hohe Aufmerksamkeit auf die regelmäßige Auswertung der betriebswirtschaftlichen Daten, verbunden mit einem hohen Kontrollbewusstsein der Geschäftsführung.

Diese analysiert und kontrolliert regelmäßig und zeitnah die relevanten Unterlagen des Rechnungswesens im Hinblick auf ein ausgewogenes Chancen- und Risikoumfeld. Dabei werden sowohl finanzielle als auch nichtfinanzielle Indikatoren betrachtet.

Im Rahmen von Quartalsberichten wird der Landkreis Greiz als Gesellschafter regelmäßig durch die Geschäftsführung über die Lage der Gesellschaft sowie die erkannten Chancen und Risiken in Kenntnis gesetzt.

Die zukünftigen Risiken der Gesellschaft bestehen in der nicht vorhersehbaren Inflationsentwicklung, den hohen Beschaffungskosten von Energie und Treibstoff, der restriktiven Haltung von umweltpolitischen Entscheidungsträgern, sinkenden Einwohnerzahlen im Landkreis Greiz, der Konkurrenz durch private Anbieter und den Zahlungsausfällen von Systembetreibern der dualen Systeme. Neu und nicht zu vernachlässigen kommt das Risiko der noch nicht absehbaren Folgen des Ukraine Konflikts dazu.

Durch eine Optimierung der Tourenpläne, effizientere Fahrzeuge und eine höhere Marktdurchdringung wird versucht den Risiken entgegenzuwirken.

Der Entsorgungsvertrag mit dem Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen sowie der Subunternehmervertrag mit der Geraer Umweltdienste GmbH & Co. KG wurde verlängert. Der Vertrag zum Transport von Haus- und Gewerbemüll zur Müllverbrennungsanlage nach Leuna wurde an die Gesellschaft bis 2024 vergeben. Alle weiteren Verträge zur kommunalen Sammlung von Leichtverpackungen, Glas sowie die Entsorgung von Kleinkläranlagen mit einer Laufzeit zwischen 5 und 5 Jahren konnte sich das Unternehmen erfolgreich sichern.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird aufgrund der bisherigen Entwicklungen und den zu erwartenden Auswirkungen des Ukraine-Krieges von einem niedrigeren Jahresergebnis ausgegangen.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 von Wirtschaftsprüferin Frau Marijke Albus von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft MSC Schwarzer Albus GmbH geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) führte zu keinen Einwendungen.

Ausgewählte Kennziffern der „Umwelt“ Entsorgungs- und Straßenservice GmbH ¹:

Bilanz	2020	2021	2022	Änderung zum Vorjahr
	T€	T€	T€	
Anlagevermögen	2.220	2.856	2.570	- 286
Umlaufvermögen	1.812	1.832	2.157	325
Eigenkapital	3.223	3.567	3.742	175
Verbindlichkeiten	677	988	881	- 107
Bilanzsumme	4.067	4.729	4.764	- 35
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	5.874	6.057	6.120	63
Personalaufwand	2.676	2.653	2.842	189
Materialaufwand	575	648	477	- 174
Abschreibungen	458	546	579	33
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	7	7	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	406	344	175	- 169
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ²	79	75	79	4
Beschäftigte Ø	67	66	68	2
Umsatz je Beschäftigten (T€)	87,7	92,0	90,0	- 2,0

¹ Rundungsdifferenzen möglich² Eigenkapital/Gesamtkapital

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Eigenbetrieb nimmt die Aufgaben der Straßenbaulast des Landkreises Greiz gemäß Thüringer Straßengesetz wahr.

Die unter der Überschrift "Kurzvorstellung" aufgeführten Unternehmensziele entsprechen dem öffentlichen Zweck von Unternehmen eines Landkreises und der genehmigten Betriebssatzung. Der öffentliche Zweck besteht weiter fort. Die Geschäftstätigkeit entspricht dem genehmigten Satzungszweck. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit des Landkreises Greiz und seinem voraussichtlichen Bedarf.

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die Kreisstraßenmeisterei war 2022 in der Lage, die mit der Straßenbaulast des Landkreises Greiz verbundenen Aufgaben zu erfüllen. Das Tätigkeitsfeld umfasste folgende Schwerpunkte:

- Unterhaltung, Instandsetzung und Überwachung der Kreisstraßen
- Winterdienst
- Grünpflege/Grasmahd
- Kontrolle und Verkehrssicherung
- Reinigung, allg. Leistungen und
- Erfüllung hoheitlicher Aufgaben

Das Geschäftsjahr 2022 wurde mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.710,39 € abgeschlossen.

Trotz der Energiekrise, den Nachwirkungen der Corona-Pandemie und der teilweise schwierigen Versorgungssituation auf den Rohstoffmärkten war die Auftragslage im Geschäftsjahr stabil. Obwohl in den Winterdienstmonaten des I. Quartals 2022 eine relativ konstante Winterwetterlage einen regelmäßigen Winterdienst erforderlich machte, reduzierten sich die Winterdienst Erlöse im Vergleich zum Vorjahr um 155 T€. Die Umsatzsteigerung im Bereich Bauleistungen, insbesondere der Kreisstraßen, führte im Jahresverlauf dagegen zu Mehreinnahmen, die die rückläufigen Winterdiensteinnahmen kompensierten.

Die durch das Tiefbauamt für den Straßenunterhalt auf Kreisstraßen beauftragten Haushaltsmittel konnten 2022 vollständig abgerufen werden.

Die Pandemielage und der Russland-Ukraine-Konflikt sind Ursache der in 2022 sprunghaft gestiegenen Marktpreise für Stahl, Holz und Mineralölerzeugnisse. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass durch Zulieferer keine längerfristigen Preisangaben gemacht wurden. Letztlich wurden im Geschäftsjahr 2022 auf Anfrage nur Tagespreise zur Verfügung gestellt.

Die Umsatzerlöse haben sich im Geschäftsjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr von 2.207 auf 2.093 T€ reduziert. Hinzu kommen Erträge aus Veräußerung von Anlagevermögen in Höhe von 56 T€, Versicherungsentschädigungen, Auflösung von Rückstellungen und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuschüssen.

Das Jahresergebnis reduzierte sich von 139 T€ auf 1,7 T€ im Geschäftsjahr 2022.

Darüber hinaus wurde der neue LKW-Waschplatz in Bad Köstritz mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 230 T€ in Betrieb genommen.

Die Vermögenslage:

Die Bilanzsumme zum 31.12.2022 beträgt 2.378 T€ und ist damit um 122 T€ höher als im Vorjahr. Das Anlagevermögen in Höhe von 2.004 T€ ist nahezu vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Das Anlagevermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 440 T€.

Die Finanzlage

Das Finanzmanagement war darauf gerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfristen zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Kurzfristigem Vermögen in Höhe von 373 T€ stehen kurzfristige Verbindlichkeiten von 18 T€ gegenüber. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen nicht.

Die geplante Baumaßnahme – Waschplatz am Standort Zeulenroda – wurde öffentlich ausgeschrieben. Das günstigste Angebot lag 174 % über der Kostenprognose von 210 T€. Das Vergabeverfahren wurde aufgehoben. Die Werkleitung hat daraufhin die Investitionsplanung angepasst und intensive Maßnahmen aus dem Bereich Maschinen und Anlagen vorgezogen. Mittelfristig muss jedoch an der Planung des Ersatzneubaus der Waschanlage festgehalten werden, da die Gesamtanlage „Waschplatz“ nur bedingt dem aktuellen Stand der Technik entspricht. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit im Geschäftsjahr 2022 waren u.a.:

- Tandemwalze 56 T€
- Raupenfertiger 178 T€
- LKW MAN 150 T€
- 2 x Ford Transit 83 T€
- 2 x Streuautomaten 49 T€

Die Ertragslage:

Das Jahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.710,39 € ab. Die Umsatzerlöse haben sich im Geschäftsjahr auf 2.093 T€ verringert (Vj. 2.207 T€). Die sonstigen betrieblichen Erträge sind, unter Berücksichtigung der Auflösung der Rückstellungen, der Versicherungsentschädigung und der Veräußerung von Anlagevermögen, im Vergleich zum Jahr 2021 um 5,3 T€ gesunken.

Die Umsatzerlöse stellen sich wie folgt dar:

Bezeichnung	2021 (T€)	2022 (T€)
Umsatzerlöse aus Winterdienstleistungen	830	675
Umsatzerlöse aus Bauleistungen	1.375	1.416
Mieteinnahmen	2	2
Gesamtumsatz	2.207	2.093

Die Erlöse für Winterdienstleistungen haben sich um fast 19 % verringert. Dagegen haben sich die Erlöse für Bauleistungen und Straßenunterhaltung um 3 % erhöht.

Der Stellenplan der KSM enthielt 20 Planstellen. Ziel der Werkleitung war es, qualifizierte Mitarbeiter für die einzelnen Aufgabenbereiche zu gewinnen sowie aus- und fortzubilden. Die Zahl der tatsächlich besetzten Stellen entsprach, bis auf temporäre Vakanzen, dem Stellenplan. Die Personalkosten sind im Vergleich zum Geschäftsjahr 2021 um 36 T€ gesunken. Ursächlich für diese Kostenreduzierung ist die zeitverzögerte Nachbesetzung vakanter Stellen sowie die nur anteilige Abrechnung der Werkleiterbezüge. Die Personalaufwandsquote liegt bei 46,9 % (Vj. 46,1 %).

Chancen – Risiken - Ausblick:

Der Kreistag des Landkreises Greiz hat mit Beschluss 3835/2021 die Rückführung des Eigenbetriebes Kreisstraßenmeisterei in das Landratsamt beschlossen. Die Rückführung wurde zum 01.01.2023 vollzogen. Der Geschäftsbetrieb wurde unter Aufhebung der Betriebssatzung zum 31.12.2022 eingestellt.

Die Aufgaben der Kreisstraßenmeisterei werden ab dem 01.01.2023 als Regiebetrieb im Sachgebiet 65.3 des Kreisbauamtes fortgeführt.

Der Jahresabschluss wurde unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 von der PRC Treuhand & Revision GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 HGrG (Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung) bestätigte der Werkleitung für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2022 keine Einwendungen.

Ausgewählte Kennziffern der KSM ¹:

Bilanz	2020 T€	2021 T€	2022 T€	Änderung zum Vorjahr
Anlagevermögen	1.366	1.563	2.004	441
Umlaufvermögen	521	668	374	- 294
Eigenkapital	1.830	1.969	1.970	1
Verbindlichkeiten	22	78	18	- 60
Bilanzsumme	1.888	2.256	2.378	122
Gewinn- und Verlustrechnung				
Umsatzerlöse	2.005	2.207	2.093	- 114
sonstige betriebliche Erträge	113	105	100	- 5
Personalaufwand	1.006	1.018	982	- 36
Materialaufwand	293	426	388	- 38
Abschreibungen	165	173	162	- 11
sonstiger betrieblicher Aufwand	493	556	659	103
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	160	139	2	- 137
Sonstige				
Eigenkapitalquote (%) ²	97	87	83	- 4
Beschäftigte Ø	21	20	20	0
Umsatz je Beschäftigten (T€)	85	110	105	- 5

¹ Rundungsdifferenzen möglich² Eigenkapital/Gesamtkapital

4. Schlussbemerkungen

Dieser Bericht wurde unter Benutzung der Prüfungsberichte der Jahresabschlüsse, der Lageberichte der Gesellschaften und den Auskünften der Geschäftsführer bzw. beauftragter Mitarbeiter erstellt.

Die entnommenen Zahlen, Daten und Fakten entstammen hauptsächlich den Bilanzen, den Gewinn- und Verlustrechnungen und den Lageberichten.

Die Jahresabschlüsse sind im Landratsamt Greiz (Sachgebiet Beteiligungsverwaltung) einsehbar.

5. Abkürzungsverzeichnis

AO	Abgabenordnung
BKrFQG	Berufsfahrerqualifizierungsgesetz
DIN EN ISO	Internationale Normvorschrift
DLZ	Dienstleistungszentrum Kreiskrankenhaus Greiz GmbH
DRG	diagnosebezogene Fallgruppen
DSV	Daseinsvorsorge Greiz GmbH
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	GmbH-Gesetz
GUD	Geraer Umweltdienste GmbH & Co. KG
GVB	Verkehrs- und Betriebsgesellschaft Gera mbH
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HRB	Handelsregister-Teil B
jPdöR	juristische Person des öffentlichen Rechts
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KHZG	Krankenhauszukunftsgesetz
KKH Greiz	Kreiskrankenhaus Greiz GmbH
KKH Ronneburg	Kreiskrankenhaus Ronneburg – Fachklinik für Geriatrie GmbH
KKH Schleiz	Kreiskrankenhaus Schleiz GmbH
KSM	Kreisstraßenmeisterei Landkreis Greiz
MVZ Greiz	Medizinisches Versorgungszentrum der Kreiskrankenhaus Greiz GmbH - Poliklinik Greiz GmbH
ÖDA	Öffentlicher Dienstleistungsauftrag
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PRG	Personen- und Reiseverkehrs GmbH Greiz
QM-System	Qualitätsmanagement-System
RVG	Regionalverkehr Gera / Land GmbH
SBG IX	Das neunte Sozialgesetzbuch
SVG	GRZ Service- und Verwaltungsgesellschaft mbH
TAWEG	Zweckverband Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster/Greiz
ThürEBV	Thüringer Eigenbetriebsverordnung
ThürKO	Thüringer Kommunalordnung
THÜSAC	Thüringisch-Sächsische Personennahverkehrsgesellschaft
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
VMT	Verkehrsverbund Mittelthüringen